

Ostdeutsche Presse.

Erscheint täglich, ausgenommen an Sonn- und Festtagen, je 2-4 Bogen stark.
Wöchentlich drei Gratis-Beilagen: „Bromberger Verkehrs-Zeitung“ (4 Seiten stark),
„Unterhaltungsblatt“ (8 Seiten stark),
„Unpartisiertes Unterhaltungsblatt“ (8 Seiten stark).

In Bromberg kostet die Zeitung: Abgeholt aus unserer Geschäftsstelle, Wilhelmstraße 20,
oder aus einer unserer Ausgabestellen vierteljährlich 1,75 Mark, für 2 Monate 1,20 Mark,
für 1 Monat 0,60 Mark.
Frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 0,70 Mk.

Für Auswärts nimmt jede Postanstalt Bestellungen entgegen (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 6119)
und liefert die Zeitung vierteljährlich 2 Mark.



Anzeigen nehmen außerhalb sämtliche Zeitungen an; außerdem Rudolf Mosse, Gaafenstein u.
Bogler, G. L. Daube u. Co., sowohl in Berlin als ihren übrigen Nebenplätzen; Bernhard Arndt
in Berlin; Heinrich Esler in Berlin, Hamburg, S. Salomon, Siettin; Sociétés Havas Lafitte
& Co., Paris 8 Place de la Bourse, Alois Herndl, Wien, I, Schulerstraße 14.

Die 7-gelbte Beizeile oder deren Raum kostet 20 Pf. Arbeitsmarkt 15 Pf.
Reklamen-Zeile 50 Pf. Wohnungs-, Arbeitsmarkt- und Auktions-Anzeigen dieser Zeitung finden
uneutgeltliche Aufnahme in dem „Bromberger Straßen-Anzeiger“, welcher täglich an die
Anschlagstulen geheftet wird.

Unberlangt eingelangte Manuskripte werden nur dann zurückgeliefert, wenn das Porto beigefügt war.

26. Jahrgang.

Unsere Geschäftsstelle besorgt Anzeigen für sämtliche in- und ausländische Zeitungen zu Originalpreisen ohne jeden Aufschlag.

23. Jahrgang.

No. 17.

Bromberg, Mittwoch, den 21. Januar.

1903.

Die Statsberatungen im Reichstage und Landtage.

Im Reichstage und im Abgeordnetenhaus zugleich hat gestern die Generaldiskussion über den Etat begonnen. Diese Gleichzeitigkeit in der Beratung einer so wichtigen Materie, wie es der Etat ist, hat natürlich erhebliche Unzulänglichkeiten im Gefolge sowohl für die Regierungsbekanntmachung, deren Anwesenheit in beiden Parlamenten bei der Statsberatung erforderlich ist, als auch für die Parlamentsmitglieder, die zugleich im Reichstag und im Landtag sitzen, und endlich auch für das Publikum, das die Menge des parlamentarischen Stoffes kaum zu bewältigen in der Lage ist. Im Reichstage, wo die Sitzung erst 2 1/2 Uhr, 3 Stunden später als im Landtage, begann, war die Frequenz der Abgeordneten anfänglich eine ziemlich spärliche, und erst als im Abgeordnetenhaus sich die Stunde verbreitete, daß im Reichstage die bekannte Schweinemänner Depesche an den Prinzregenten von Bayern zur Diskussion stände, eilten die Landboten, die zugleich Reichstagsmitglieder sind, scharenweise nach dem Reichsparlament. Den Reigen der Redner eröffnete dort der bayerische Zentrumsabgeordnete Schädler, der im Rahmen einer Kritik der gesamten Reichspolitik auch die beehrte Schweinemänner Depesche zur Diskussion brachte. Mit großer Breite und echt bairischer Verbortheit trat Herr Schädler für die konstitutionelle Selbständigkeit der Einzelstaaten und ihrer Landtage ein.

Zwischen war der Reichskanzler aus dem Abgeordnetenhaus, wo er, wie wir weiter unten sehen werden, in zwei Reden die Außenpolitik der Regierung verteidigt hatte, im Reichsparlament erschienen, und erhob sich sofort, als Herr Schädler geendet hatte, zur Gegengabe. Er legte dar, daß sich seine formelle Verantwortlichkeit nicht auf persönliche Kundgebungen des Kaisers erbreite, selbst wenn dieselben programmatische Natur seien. Das Recht der freien Meinungsäußerung, das jedem Privaten zustehe, könne auch dem Kaiser nicht verweigert werden. Er werde es als Reichskanzler nie ablehnen, die Verantwortung für persönliche Äußerungen des Kaisers zu übernehmen, die eine Nachwirkung auf die Politik hätten. Die in Frage stehende Äußerung war eine ganz persönliche und private. Eine Trübung des Verhältnisses des Kaisers und des Prinzregenten habe nicht stattgefunden. Das gehe auch daraus hervor, daß der Letztere den zu den Mandätern nach Polen entsandten Prinzen Ludwig beauftragte, dem Kaiser nochmals für das Telegramm zu danken. Der Prinzregent wisse auch ganz genau, daß es dem Kaiser fern gelegen habe, der Selbständigkeit der Bundesfürsten und der Einzelstaaten nahezutreten. Den bundesstaatlichen Charakter des Reiches zu wahren, sei die Pflicht des Kaisers ganz ebenso wie die der verbündeten Regierungen und der deutschen Parlamente.

Den Beschluß der gestrigen Reichstagsitzung bildete eine Rede des konservativen Abgeordneten Grafen Stolberg, die kein sonderliches Interesse bot. Heute wird voraussichtlich der sozialdemokratische Abgeordnete v. Vollmar den Reigen eröffnen und dann Abg. D. Sattler sprechen.

Bei weitem interessanter, besonders für die Ostmarken, gestaltete sich die gestrige Statsdiskussion im Abgeordnetenhaus insofern, als dort die politischen Maßnahmen für die Ostmarken im Vordergrund der Besprechungen standen und den Ministerpräsidenten Grafen Bülow auf den Plan riefen. Nach einer Rede des Abgeordneten Frigen, der nichts Neues sagte, als er erklärte, daß das Zentrum für die Außenpolitik der Regierung nicht zu haben sei, erhob sich der Ministerpräsident Graf Bülow, um im Zusammenhang die neuen Regierungsmaßnahmen für die Ostmarken aufzuführen und zu rechtfertigen. Graf Bülow verriet es dabei, auf die Einwände einzugehen, die gegen die Widerspruchlichkeit der Zulagen an die Beamten und Volksschullehrer geltend gemacht worden sind; ob daraus geschlossen werden kann, daß die Regierung in diesem Punkte noch mit sich reden lassen wird, muß dahingestellt bleiben.

Sobald beschäftigte Graf Bülow, was schon seit einigen Tagen bekannt war, nämlich, daß eine Reorganisation der Anstalten der Ostmarken im Kommissionsgeplante sei und möglichst schon am 1. April d. S. durchgeführt werden solle. Die Reorganisation besteht in einer Teilung dieser Behörde in zwei selbständige Abteilungen, eine für Polen und eine für Westpreußen, die den Oberpräsidenten der beiden Provinzen unterstellt werden sollen. Natürlich soll den Oberpräsidenten ein entsprechender Beamtenapparat dafür zur Verfügung stehen. Die Maßnahme war, wie gesagt, schon seit einigen Tagen bekannt und rief deswegen keine besondere Ueberraschung hervor. Ob sie zweckmäßig ist, lassen wir dahingestellt. Das Anwachsen der Geschäfte der

Anstaltungskommission scheint ja die Reorganisation einigermassen zu rechtfertigen. Auch der Grund läßt sich hören, daß durch die Neuordnung den Besonderheiten jeder Provinz besser Rechnung getragen werden kann. Auf der anderen Seite geht indessen die Einheitlichkeit in der Leitung dieser wichtigen Behörde verloren.

War die Anlage dieser Maßregel nicht sonderlich überraschend, so bereitete Graf Bülow dem Hause eine große Ueberraschung durch die Ankündigung, daß außer den im Etat geforderten Mitteln zur Förderung der Ostmarken noch eine große Eisenbahnvorlage in Vorbereitung sei und dem Landtage bald zugehen werde, die 34 Millionen Mark zur Verbesserung des Eisenbahnwesens in den Ostmarken verlangt. Bei Besprechung der für die Ostmarken ausgearbeiteten Statspositionen sind wir insbesondere auf die ostpreussischen Verkehrsfragen, die wir immer und immer wieder als den Angelpunkt einer großzügigen und wirksamen Ostmarkenpolitik bezeichneten, nicht eingegangen, und zwar in der Voraussetzung, daß in der Eisenbahnvorlage, die alljährlich dem Landtage zugehen pflegt, auch der Ostmarken gedacht werden würde. Diese Voraussetzung hat sich nun, wie man sieht, rasch erfüllt. Wir begrüßen die Ankündigung des Grafen Bülow mit Freuden; hier, auf dem Gebiete des Verkehrs, ist der Punkt, wo eine zielklare Politik in erster Linie einwirken muß. Zur wirtschaftlichen Erhaltung bedarf die Ostmarken zu allererst desjenigen Faktors, der im Zeitalter des Verkehrs nicht zu entbehren ist, nämlich geeigneter Verkehrsmittel; diese bedingen die wirtschaftliche Prosperität, die ihrerseits wiederum die Vorbereitung bildet für die kulturelle Aufwärtsbewegung. Kulturelle Rückständigkeit ist die natürliche Begleiterscheinung wirtschaftlicher Notlage, man bekämpft die erstere also am wirksamsten, wenn man die letztere zu beseitigen trachtet. Die Millionen, die die Regierung jetzt freigibt für die seit Jahrzehnten vernachlässigte Ostmarken, werden natürlich nicht von heute auf morgen ihre politischen Früchte tragen; im Handumdrehen lassen sich Schäden nicht beseitigen, die Jahrzehnte lang bestanden haben, aber in Jahren und Jahrzehnten wird sich erweisen, daß die jetzt für die Ostmarken verausgabten Summen wirtschaftlich und auch politisch reichliche Zinsen tragen werden. Aus der jetzigen Ankündigung des letzten Staatsmannes darf wohl auch gefolgert werden, daß die Regierung nicht kleinlich bereits getroffene Verkehrsmassnahmen in der Ostmarken wird beseitigen wollen, lediglich darum, weil sie sich nach kurzer Probe nicht verpaidt haben.

Im Verlauf der Statsdiskussion kamen noch die Abgeordneten Graf Limburg-Sturum, Nölle (nat. lib.), sodann als Redner der beiden freisinnigen Gruppen Wiemer und Ehlers und der konservativen Abgeordneten Freiherr von Bellin zu Worte. Für heute werden in den ersten Sitzungstagen die Reden eines polnischen Abgeordneten, des Finanzministers und des national-liberalen Abgeordneten von Eymern erwartet.

Politische Tageschau.

** Bromberg, 20. Januar.

Der Kaiser hatte am Sonnabend Abend eine Konferenz mit dem Reichskanzler.
Eine vom Berliner Anwaltsverein eingeleitete Kommission hat nach der „Köln. Ztg.“ einen Entwurf für eine Ruhegehaltskasse für deutsche Rechtsanwälte ausgearbeitet.

Abg. Propst Dr. v. Jazdzewski, der im Reichstage wie im Landtage den Wahlkreis Krotoschin vertritt, hat nach der „Pos. Ztg.“ erklärt, er nehme ein Mandat nicht mehr an.

In der „Tägl. Rundschau“ vom 17. Januar d. J. wurde in einem Artikel: „Wo bleibt der kirchliche Hilfsfonds für evangelische Pfarrgemeinden?“ auf die in der Thronrede enthaltene Ankündigung eines Gesetzentwurfs über die Bildung katholischer-kirchlicher Hilfsfonds hingewiesen und der Verzicht auf Ausdruck gegeben, daß die Errichtung solcher Fonds eine Beeinträchtigung der evangelischen Pfarrgemeinden in sich schließen könne. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erwidert darauf: Dies ist nicht der Fall. Wie wir von unterrichteter Seite hören, ist der angekündigte Gesetzentwurf durch einen Antrag der katholischen Bischöfe veranlaßt worden, welche um die geistliche Ermächtigung der bischöflichen Behörden gebeten haben, behufs Gewährung von Beihilfen zur Ausstattung neu zu gründender katholischer Pfarrstellen Diözesan-Hilfsfonds zu bilden, für welche nach Bedarf alljährlich Umlagen bis zu einem Prozent der von den katholischen Gemeindegliedern der betreffenden Diözesen zu zahlenden Staatseinkommensteuer erhoben werden dürften. Eine dem Antrage entsprechende Regelung ist für die evangelischen Landeskirchen bereits erfolgt. Letztere sind durch die Errichtung besonderer kirch-

licher Hilfsfonds, für welche gleichfalls Kirchensteuern erhoben werden, in die Lage versetzt, behufs Ausstattung neuer aufbesserungsbedürftiger Pfarrstellen Dotationskapitalien oder Renten in der Regel in demjenigen Betrage zu gewähren, welcher staatlicherseits im Einzelfalle aus dem Fonds von 600 000 Mk. jährlich (Kap. 124 Tit. 2a des Staats-Haushalts-Gesetzes) bewilligt wird. Nach dem neuen Gesetzentwurf soll es den bischöflichen Behörden ermöglicht werden, aus den Diözesan-Hilfsfonds in gleicher Weise Dotationskapitalien oder Renten regelmäßig in Höhe der staatlichen Leistungen aus dem Fonds von 200 000 Mk. (Kap. 124 Tit. 2a. a. D.) bereitzustellen. Die Bischöfe sind gegenwärtig für solche Zwecke der Hauptache nach auf freiwillige Gaben angewiesen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß auf diese Weise die erforderlichen Beträge nicht auf die Dauer in ausreichendem Maße sichergestellt werden können. Besorgnisse wegen einer Zurückziehung evangelischer Interessen sind hiernach nicht begründet.

Ueber die Enthüllung des Denkmals für den ermordeten Gesandten Freiherr von Kette, der in Peking wird aus Peking, 18. Januar ausführlicher wie folgt berichtet: Heute fand die feierliche Enthüllung des von der chinesischen Regierung zum Andenken an den Freiherrn von Ketteler errichteten Denkmals statt. An der Feier nahmen viele chinesische Würdenträger, die Mitglieder des diplomatischen Korps, sämtliche Offiziere der Gendarmenregimenten, sämtliche in Peking wohnhaften Ausländer sowie die deutschen Offiziere und Beamten aus Tientsin und anderen Städten Teil. Auch der frühere Dragoman der deutschen Gesandtschaft Baron, welcher bei der Ermordung des Freiherrn v. Ketteler schwer verletzt wurde, war zugegen. Die Straße war auf der Südseite des Denkmals, welches die Form eines Bogens hat, von deutschen Truppen, auf der Nordseite von chinesischen Truppen besetzt. Auf den Straßen und den Dächern der umliegenden Häuser hatte sich eine überaus große Menge Chinesen versammelt. Der erste Legationssekretär der deutschen Gesandtschaft Freiherr v. d. Goltz fungierte bei der Feier als Vertreter des Deutschen Reiches. Prinz Tschun vertrat China. Vor dem Denkmal war ein Altar errichtet worden, auf dem sich die Opfergefäße des kaiserlichen Hofes befanden. Prinz Tschun wurde bei seinem Erscheinen von dem Freiherrn v. d. Goltz und dem Generalmajor v. Rohrscheidt zu diesem Altar geleitet. Er begrüßte die Mitglieder des diplomatischen Korps und brachte dann nach chinesischer Sitte zu Ehren des Verstorbenen ein Trankopfer dar. Der Prinz führte in der Rede, in welcher er das Denkmal übergab, aus, daß das Denkmal dem Volke eine Warnung sein solle, ein Zeichen der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern und ein Symbol des Friedens. Freiherr v. d. Goltz sagte in seiner Antwort, das Denkmal sei Dr. Majestät dem Deutschen Kaiser und dem Deutschen Reich von dem Kaiser von China als dauernder Beweis des Jornez gewidmet, den der Kaiser von China über die Ermordung des Freiherrn v. Ketteler empfinde. Mit der Errichtung des Denkmals komme China einer Verpflichtung nach, die es sich selber nach den Ereignissen des Jahres 1900 auferlegt habe. Das Denkmal solle der Nachwelt eine Predigt und ein dauerndes Symbol der Wünsche der chinesischen Regierung sein, die freundschaftlichen Beziehungen mit den fremdländischen Regierungen zu fördern und zu erhalten. Beide Reden wurden in deutscher und in chinesischer Sprache verlesen. Nach dem Uebergabeakt marschierten die deutschen Truppen mit klingendem Spiel unter dem Bogen hindurch.

Marokko. Ein Bataillon spanischer Infanterie und eine Batterie reisende Artillerie haben sich gestern in Algerien eingeschifft, um nach Ceuta zu gehen.

Deutschland.

Berlin, 19. Januar. Für den Neubaues Herrenhaus als wir dem Auftrage des Kaisers ein eigenartiges großes Bildwerk ausgeführt, dessen der Monarch Sonnabend auch beim Empfang des Herrenhaus-Präsidenten Erwähnung tat. Es führt den Titel „Die Krone als Hort des Friedens“ und ist eine Arbeit des Bildhauers Runo v. Nechtrig. Auf einem antiken Thronessel sitzt eine überlebensgroße jugendliche Frauengestalt, auf dem Haupte die Königskrone, während über ihr als Schlüssel des Thronessels eine vergoldete Sonne strahlt. Die Friedensgestalt in einem herabwallenden leichten römischen Gewande, hält in der Rechten in lorbeerumkränztes Schwert, unter dessen Schutz die Götter der Völker sich die Hände reichen, auf ihrem Schoße halten sie ein Band, das als Schlüssel das Wort „Pax“ (Frieden) bezeichnet. Das Bildwerk soll in weißem Marmor

ausgeführt werden und auf farbigem Postament an hervorragender Stelle einen Platz erhalten.

Berlin, 19. Januar. Die „Frankf. Ztg.“ will von besonderer Seite erfahren haben, von der Kaiserin sei kürzlich der Wunsch geäußert worden, in die für die Hofbühnen angenommenen neuen Stücke vor der Aufführung Einsicht zu nehmen. Die „Frankf. Ztg.“ ist, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ feststellt, groblich getäuscht worden. Die die Kaiserin betreffenden Angaben beruhen auf Erfindung.

Dresden, 19. Januar. Der heutige Hofbericht meldet: Der Allgemeinstand des Königs ist befriedigend.

Oesterreich.

Przmysl, 19. Januar. Das hiesige Erkenntnisgericht verhandelte heute gegen den früheren Polizeikommissar Burghardt aus Sambor, den Kellner Lefkowitz, den Wirtschaftsbefehl Brüd und den Gewerbetreibenden Fleischmann wegen Verrats militärischer Geheimnisse an Rußland. Die Angeklagten wurden zu Strafen von 3 bis 15 Jahren schweren Kerkers, verschärft durch einmaliges Fajten und hartes Lager in jeder Woche verurteilt.

Frankreich.

Paris, 19. Januar. (Deputiertenkammer.) Die Generaldebatte über das Budget 1903 wird begonnen. Massabau greift die Finanzpolitik der Radikalen an und erhebt Einspruch gegen die dauernden Defizits und die neuen Steuern. (Beifall auf der Rechten.) Hierauf ergreift Dechanel das Wort. Er spricht sein Bedauern aus, daß die letzten Wahlen sich für oder gegen Waldeck-Rousseau vollzogen hätten und nicht auf grund der Frage der inneren oder äußeren Politik. Er spricht sich für die Politik des weiten Fortschritts aus, gegen die Revolution, für das Uebergewicht der Zivilgewalt in religiösen Fragen, gegen jeden Gedanken einer Revolution und gegen die Einmischung des Staates in Fragen des Glaubens. Er erhebt ferner Einspruch gegen die gegen das Meer gerichteten Kampagne gewisser sozialistischer Blätter. (Beifall auf der Rechten.) Er erhebt ferner Einspruch gegen die internationalen Politik. (Erneuter Beifall im Zentrum und auf der Rechten.) Er erhebt ferner Einspruch gegen die Äußerung Jaurès, der Dreißig sei das notwendige Gegengewicht gegen den französischen Chauvinismus, und fügt hinzu, Ferry und Gambetta hätten den Alerikalismus bekämpft, aber sie hätten niemals gemeinsame Sache mit denen gemacht, welche die nationalen Forderungen aufgegeben hätten. (Erneuter Beifall im Zentrum und auf der Rechten.) Die Linke erhebt heftigen Widerspruch und nennt den Redner den „Judas des Nationalismus.“ Dechanel schließt mit der Aufforderung an diejenigen, welche mehr die Reaktion noch die Revolution wollen, eine offene klare Politik zu treiben. (Beifall auf der Rechten.) Alle Mitglieder der Fortschrittspartei, Ribot und Méline an der Spitze, drücken dem Redner die Hände und bereiten ihm, als er die Tribüne verläßt, eine Ovation. L'Etourneles erklärt, er vermöge sich den Ideen Dechanels über die innere und die äußere Politik nicht anzuschließen. Auf das Budget übergehend bemerkt Redner, hauptsächlichste Ursache der Defizits sei der bewaffnete Frieden. „Alle Welt wisse das, niemand aber wage es einzugehen; man müsse aber den Mut haben, es anzuerkennen.“ (Beifall links, Lärm rechts.) Der „bewaffnete Frieden“ verschlinge 54 Prozent der Hilfsquellen Frankreichs. Redner erklärt ferner, er sei kein Gegner der Kolonialpolitik, diese dürfe aber keine Eroberungspolitik sein. Frankreich sei durch seine Kolonialpolitik gezwungen, seine Flotte zu vermehren, um seine Kolonien gegen England und Deutschland zu verteidigen. Andererseits habe das Bündnis Frankreichs mit Rußland nicht die Ergebnisse gehabt, die man erwartete, und mehr die auswärtige Politik Frankreichs ändern können, noch seine Rüstungen gemindert. L'Etourneles erhebt weiter Einspruch gegen die systematische Politik des Abwartens und Schweigens, die England gestiftet habe, in Afrika seine Herrschaft von Kairo bis zum Kap auszuüben, und die Frankreich die Schmach von Fachoda bereitet habe. Redner tritt dann für eine aufrichtige Politik des Friedens in und wiederholt schließlich, daß mit den Waffen des „bewaffneten Friedens“ weder eine Finanzpolitik, noch Sozial- und Kolonialpolitik möglich sei. (Beifall auf der Rechten.) De Pressensé protestiert im Namen der Sozialisten gegen die Ausführungen Dechanels. Die Sozialisten würden niemals erlauben, daß man ihren Patriotismus in Zweifel ziehe. (Unhaltender Beifall auf der äußersten

Sinken.) — Der Abgeordnete Ribet hatte beabsichtigt, in der Kammer den Minister des Meuzeren über die Ereignisse in Macedonien und über die Haltung Frankreichs gegenüber diesen Ereignissen zu interpellieren. Minister Delcassé hat Ribet erklärt, er würde auf diese Frage nur antworten können, daß Frankreich sich seiner Traditionen würdig gezeigt habe. Delcassé hat hinzugefügt, er werde gelegentlich der Beratung des Etats des Meuzeren alle würdigen Aufklärungen geben. Ribet hat daraufhin seine Absicht aufgegeben.

Italien.

Ancora, 19. Januar. An Bord des zur Zeit hier weilenden deutschen Schulschiffes „Stein“ ist der Kapitänleutnant Reiche gestorben.

Griechenland.

Athen, 19. Januar. Der deutsche Kaiser hat dem Könige den bevorstehenden Besuch des deutschen Kronprinzen in Athen anfragen lassen.

Großbritannien.

London, 19. Januar. Generalmajor Baden-Powell, der bekannte Verteidiger von Mafeking, ist zum Generalinspektor der britischen Kavallerie in Südafrika ernannt worden.

Amerika.

Charleston (Süd-Karolina), 19. Januar. Der Kreuzer „Delphin“ mit dem Gesandten Bowen an Bord, ist heute hier eingetroffen; die Ankunft Womens in Washington wird für morgen erwartet.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 20. Januar.

f. Der Stenographenverein „Stolze Schren“ (Einigungsverein) hielt gestern seine diesjährige Generalversammlung ab, die von Mitgliedern (Damen und Herren) gut besucht war. Der langjährige Vorsitzende Herr Schüke eröffnete und leitete die Sitzung und erbat einen ausführlichen Jahresbericht für 1902, dem folgendes zu entnehmen ist: Der Verein besteht seit dem Jahre 1865; ihm gehören zur Zeit 64 Mitglieder an, worunter sich 25 Damen befinden. In unterrichtlicher Beziehung hat der Verein gute Erfolge erzielt; so wurden Unterrichtsreisen abgehalten im Verein selbst, ferner an der Kapitulantenkademie des hiesigen Grenadierregiments, bei der königlichen Eisenbahndirektion (Eisenbahnschule), an der Handelsschule von Madajewski u. a. Außerdem wurden Mitglieder des Vereins wiederholt zur Aufnahme von Vorträgen u. v. herangezogen. Nach dem Bericht des Statistikers fanden im abgelaufenen Jahre 52 Versammlungen statt, wovon 13 zur Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten, 39 zur Fortbildung der Vereinsmitglieder dienten. Der Kassenbericht ergibt, soweit sich bis jetzt feststellen läßt, an Einnahme und Ausgabe 478 Mk. Der Rezervefonds beträgt 498 Mk. Die Bibliothek hat einen Zuwachs von 51 Bänden gegen das Vorjahr erhalten und weist jetzt einen Bestand von 849 Bänden auf. In den Vorstand wurden wieder bezw. neu gewählt: als erster Vorsitzender Herr Schüke, als zweiter Vorsitzender Herr Triller, als Schriftführer Herr Unterwiesing, dessen Stellvertreter Herr Wanne, zum Bibliothekar Herr Krüger, als Stellvertreterin Fraulein Klamitter, und zum Schatzmeister Herr Richter. Die Rechnungsrevisionskommission setzt sich zusammen aus den Herren Wintz und Schöber. In die Kommission zur Prüfung der Prämienarbeiten wurden wiedergewählt die Herren Schüke, Triller und Finger. Zum Schluß gelangten noch einige Statutenänderungen zur Annahme.

f. Ernennung. Anstelle des verstorbenen Baurats Schötenack ist der Bau rat Müller bei der Weichselstrombauverwaltung zum Vorsitzenden der

(Nachdruck verboten.)

Die Tasse.

Von M. Gawalewicz.

Aus dem Polnischen von Stefania Gosenbring.
„Mein Herr, Sie wollen den Tee wirklich nicht trinken?“
„Wirklich nicht.“
„Er ist gut, Sie können mir glauben; ich habe ihn eigenhändig aufgebracht, mit denselben Händen, über die Sie so schmeichelhafte Komplimente zu jagen pflegen.“
„Sier geht's nicht um den Tee —“
„Worum denn sonst?“
„Soll ich Ihnen die Wahrheit sagen? — Es ist aber so — lächerlich.“
„Dann um so mehr. Worum handelt es sich?“
„Um die Tasse.“
„Um die Tasse? — Gefällt Ihnen diese nicht? — Es ist sächsisches Porzellan, mein Herr. — Kennen sind von ihr entzückt. Uebrigens lasse ich Ihnen sofort eine andere geben.“
„Meine Gnädige — lassen Sie es, bitte; es thut nichts zur Sache, ob sie von Meißner oder Saxe-Porzellan, ob sie neu oder alt, theuer oder billig ist, — sobald es nur eine Tasse ist.“
„Wissen Sie, jetzt fange ich an, neugierig zu werden. Von wo rührt dieser Widerwill gegen Tassen her? — Ich höre so etwas zum ersten male. Eine besondere Art von Zötiokratie.“
„Mein Gott, Sie fordern mich zur Weichte heraus, indessen verdient die Sache nicht so viel Beachtung; wäre es nicht besser, wenn wir über anderes —“
„Nein, nein, über nichts anderes wollen wir plaudern; Sie müssen mir erzählen, weshalb Sie keine Tassen leiden können.“
„Meine Gnädige — das ist zu gelinde gesagt — ich hasse, verabscheue sie, kann sie nicht ansehen. Sie lachen, ich aber meine es nicht scherzhaft. Ich habe mir zugeeignet, mich an ihnen bei jeder Gelegenheit zu lächer.“
„Hört! hört! — Das ist ja etwas Außergewöhnliches. Sprechen Sie, sonst vergehe ich vor Neugier.“
„Wünschen Sie es durchaus?“
„Unabänderlich.“
„Schön, ich erzähle es Ihnen; vorher gestatten Sie mir aber eine Frage: Wissen Sie, was Elektromagnetismus ist? — Wenn Sie es schon wissen, um so besser. Vor fünfzig Jahren hatte wahrscheinlich keine Frau eine Ahnung davon. Bei der Einleitung meiner Erzählung muß ich nämlich Vergleiche aus der Physik heranziehen. Es ist Ihnen bekannt, daß,

Kommission zur Abnahme von Elbschifferprüfungen in Danzig ernannt worden.

f. Balkenbrand. Heute Morgen 7½ Uhr wurde die städtische Feuerwehr nach der Berlinerstraße gerufen. Es brannte in der Wegnerowskischen Filzfabrik, und zwar war der Brand auf eine fehlerhafte Anlage des Rauchrohrs zurückzuführen. Es war in dem Fabrikgebäude ein in der Nähe des Rohres liegender Balken in Brand geraten, das Feuer hatte sich von hier dem Regal und den auf ihm lagernden Schuh- und Pantoffelwaren mitgeteilt. Die Feuerwehr löschte den Brand aus dem Hydranten. Nach einstuündiger Tätigkeit kehrte die Wehr zurück.

f. Die hiesige Schmiedewinnung hielt gestern in der Herberge zur Heimat ihre fällige Quartals-Sitzung ab. Nach kurzen geschäftlichen Mitteilungen wurde 1 Meister in die Zunft aufgenommen, dann wurden 3 Lehrlinge, die ihre Prüfung als Gesellen bestanden hatten, als solche ausgeschrieben und demnächst 5 junge Leute als Lehrlinge eingeschrieben.

f. Der Krankenunterstützungs- und Beredigungsverein „Gemiluz Haszodim“ hielt am Sonntag Abend in Widerts Restauration seine diesjährige ordentliche Generalversammlung ab, zu welcher die Mitglieder zahlreich erschienen waren. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende Herr Philipp Lazarus der im abgelaufenen Jahre verstorbenen Mitglieder Abraham Jacobowski und Seelig Groß. Dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß der Verein zur Zeit 54 Mitglieder zählt. Die Einnahmen betragen 807,49 Mk., die Ausgaben 695,34 Mk., so daß ein Barbestand von 112,15 Mk. vorhanden ist. Außerdem hat der Verein auf der Sparkasse einen Betrag von ca. 2035,42 Mk. deponiert. Die Vorstandswahlen hatten folgendes Resultat: Es wurden wieder resp. neugewählt zum Vorsitzenden Herr Ph. Lazarus, zum Krankenvorsitzer Herr M. Jacobus, zum Beredigungsvorsitzer Herr A. Burlin, zum Nendanten Herr Max Seelig, zum Vorsteherstellvertreter für alle Funktionen Herr V. Falk. In die Aufnahmecommission wurden gewählt die Herren J. Sirschfeld und S. Lewin. Es wurde die Gründung einer Sterbehilfskassa in Anregung gebracht und beschloffen, den Vorstand zu beauftragen, diese Angelegenheit in Beratung zu ziehen. Zu diesem Behufe wurde zur Verstärkung des Vorstandes eine besondere Kommission gewählt, bestehend aus den Herren Ad. Marcus, Todtentopf, Friedländer, Kurnik und Joz. Wolff.

D. Familienabend in Schwedenhöhe. Der Gesangsverein „Gemischer Chor“ hatte am gestrigen Montag Abend im Lokale des Herrn Stadnik einen Familienabend veranstaltet. Nach einem einleitenden Lied begrüßte Herr Rektor Niese die Erschienenen und wies auf den Zweck dieser Abende hin, welche der Erheiterung und Belehrung dienen sollten. Diefem Doppelmehle entsprechend wechselten nun Chorgesänge, Solovorträge, Deklamationen und auch Gesellschaftsspiele mit einander ab. Außerdem hielt Herr Lehrer Sonnemann einen Vortrag über „Benegueta“, in welchem er die Entdeckungsgeschichte und die Natur des Landes schilderte. Kurz nach 11 Uhr wurde der Abend geschlossen, dem von nun an in jedem Monat einer folgen soll.

D. Personalnotiz. Herr Lehrer Kadzke aus Schwedenhöhe hat zum 1. April bei der Regierung seine Pensionierung beantragt. Er schaut auf eine mehr als 40jährige Tätigkeit im Lehrantate zurück, von denen er über 30 in Schwedenhöhe zubrachte. Während er bei seinem Antritte erster und einziger Lehrer in unserem Vororte, dem damaligen Adlershorst, war, sind jetzt an derselben Schule 12 Klassen, an welchen 12 Lehrkräfte, 10 Lehrer und 2 Lehrerinnen, unterrichten.

R. Schults, 19. Januar. (Diebstahl.) Dem Gesangsverein „Sängerrunde“ dem

wenn wir eine Walze aus weichem Eisen mit Draht umwickeln und den elektrischen Strom darüber leiten, so verwandelt sich das Eisen in einen Magnet und behält so lange das Anziehungsvermögen, bis der elektrische Strom unterbrochen wird. Auf diesem Grundsatz beruhen die telegraphischen Drähte und — manche Herzen, sowohl männliche wie auch weibliche. Sie begreifen nicht, wo ich hinaus will? — Ich werde mich gleich deutlicher ausdrücken. Wehlich wie es Induktionsströme giebt, bestehen auch Induktionsempfindungen, das heißt, es giebt Herzen, die lieben, so lange sie sich von einem anderen Gefühl gleichsam einem elektrischen Strom umgeben fühlen. Wie das Eisen seine magnetische Kraft verliert, ebenso verlieren die Herzen ihre Liebe, jene hören auf anzusehen, diese — zu lieben. Wäre dieses Gesetz ein allgemeines, so würde jedes verliebte Paar nichts anderes sein, als eine gut eingerichtete Telegraphenstation, an der die Herzen als Apparate funktionieren, und die Liebe würde dem regelmäßigen, geschäftlichen Telegrammaustausch gleichen. — Wie schade, nicht wahr, Gnädigste, daß uns die Natur nicht so geschaffen hat! — Dann würden wir ein ruhiges Leben, weniger Herzensdramen haben, und es würden auch weniger Menschen nach erfahrenerm Liebesleid verzweifelt sein. Weshalb ich Ihnen all dies erzähle? — Nun, um Ihnen klar zu machen, wie ich in einem Augenblick aufhörte, meine Braut zu lieben.“
„Sie hatten eine Braut?“
„Nun sehen Sie, wie aus dem Faden ein ganzes Knäuel sich aufrollt; freilich hatte ich eine. Es hat zwar nicht lange gedauert, wenn aber die Tasse nicht wäre.“
„Ach, sind wir endlich bei der Tasse?“
„Sehr bald. Meine Braut war eine junge Wittwe, hübsch, anmuthig, reich. Sie hatte noch zwei Eigenthüme, die so lange reizvoll sind, bis sie die unangenehmen Seiten hervorkehren: sie war launenhaft und häßlich. Wollen Sie glauben, daß ich ihre Launen mit der Geduld eines Gefes ertrug? — Verzeihen Sie den prosaischen Vergleich, aber er erscheint mir heute als der geeignetste. Ich war in meiner Geduld eigenfönnig, wollte sie und mich auf die Probe stellen; ein Wink meiner Herrin genigte, mich zu allem zu bewegen, es gab kein Opfer, keinen Versuch, zu dem ich mich nicht fähig gefühlt hätte, um sie zu befriedigen. Ich werde Ihnen nicht alle Einzelheiten meiner Liebesgeschichte erzählen, — um so schnell wie möglich zu der verhängnisvollen Tasse zu gelangen, die Sie jedenfalls mehr interessiert, als meine Serzenspeine. Nicht wahr? — Ach, die Neugierde verbrängt alle Gefühle, auch das Mittel im Herzen einer Frau.“

Buchhalter Andreykowski wurden in der Nacht zum 18. d. Mts. 13 Gühner und ein Hahn aus dem verhöhlenen Stalle gestohlen. — Der Gesangsverein „Sängerrunde“ feierte am Sonntag sein 13. Stiftungsfest. Chorgesänge, Couplets und ein Theaterstück unterhielten die Gäste aufs Beste. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt.

K. Mroschen, 19. Januar. (Verhaftung.) Am vergangenen Sonntag wurde hier der Gefreite Andrejewski, welcher bei der vierten Schwadron des 2. Leibhufarenregiments in Langfuhr bei Danzig steht, verhaftet. A. steht im Verdacht, im Offizierskasino ein Bestiel mit silbernen Messern und Gabeln entwendet zu haben. Gestern wurde A. durch einen Sergeanten des genannten Regiments von hier abgeholt. — Am vergangenen Sonntag wurde auf dem Territorium Lindenburg eine Jagd abgehalten. Es wurden von 8 Schützen 27 Hahnen erlegt. Jagdtönig wurde Gutsbeißer Brühl-Hermannsdorf.

b. Argonan, 18. Januar. (Städtisches.) Am Freitag wurde Kaufmann Kurban von den Stadtverordneten als Magistratsmitglied gewählt. — Im Dtmarschverein hielt Pfarrer Friedland aus Klein-Morin einen Vortrag über das Thema „Krone und Krummstab“. In den Vorstand wurden gewählt die Herren Pfarrer Friedland als erster, Postvorsitzer Sabicht als zweiter Vorsitzender, Fortifikationsrat Krause als Schriftführer und Nendant Tischlermeister Krahn als Beisitzer. Der Vereinerungsverein wird in diesem Jahre die neue Verbindungsprobenade 3 wischen Kreuzflug und Unterwalde fertigtellen und an den alten Promenaden die notwendigen Nachpflanzungen und Ausbesserungen vornehmen. Laut Kassenbericht ist zur Erhaltung des Geschäftes und zu Neuanlagen der Beitritt recht zahlreicher, neuer und pünktliche Beitragsleistung der bisherigen Mitglieder dringend notwendig. — Der deutsche Männergesangsverein begehrt am 24. d. Mts. in Wittowas Liolli sein 12. Stiftungsfest durch Konzert, Männerchöre, Quartett, ernste und heitere Einzelvorträge, Theater und Tanz.

x. Janowitz, 19. Januar. (Feuerwehr.) Treibjagden. Gestern feierte die freiwillige Feuerwehr im Schmelchen Saale ihr Wintervergügen und den Geburtstags des Kaisers. Die Feier eröffnete der Bürgermeister Gehrmann durch eine längere Rede, in welcher er u. a. mittheilte, daß die Feuerförsitz auf Kosten des hiesigen Vereiner Beihilfe von 600 bis 700 Mark zur Anschaffung von Feuerlöschgeräten zugelegt habe. — Auf der im wachen Goslerhof abgehaltenen Treibjagd wurden 131 Hahnen, 1 Kaninchen und 2 Fische zur Strecke gebracht. Leider wurden auch zwei Treiber angeschossen, während der eine an Halse schwer verwundet wurde, daß der andere ein Auge vollständig eingebüßt. Auf der Treibjagd in Manowo sind von 14 Schützen 185 Hahnen erlegt worden.

P. Wronowis, 19. Januar. (Städtisches.) In ihrer letzten Sitzung stimmten die Stadtverordneten dem Antrage des Magistrats zu, wonach die Stadt die Garantie für die Mindestbelohnung des Vorstandes der hier in Aussicht genommenen Reichsbank-Nebenstelle übernimmt. Die Stadt dagegen wird gebet durch die von 22 Interessenten notariell übernommene Verpflichtung, für dieses Mindestgehalt aufzukommen. Außerdem wurde der mit dem Zivilingenieur Wisting in Berlin eingegangene Vertrag genehmigt, nach welchem dieser als technischer Beirat der Elektrizitätswerke eine jährliche Remuneration von 200 Mark erhält, ohne die Kosten für die etwa notwendigen Reisen hierher. — Den letzten der drei Vorträge, welche die Deutsche Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft in Polen in diesem Winter für den hiesigen Ort in Aussicht gestellt hatte, wird am 23. d. Mts. Herr Witke-Bonnet aus Polen im hiesigen Saale halten, und darin in großen Zügen das Schaffen Böcklins charakterisieren.

Gerichtssaal.

M. Schneidemühl, 19. Januar. Schwurgericht. Heute begann vor dem hiesigen Schwurgericht der Prozeß wider den Bürgermeister

„Ohne Parenthesen, lieber Herr.“
„Wie Sie befehlen. Es schien mir also, daß ich in meine junge Wittwe über die Ohren verliebt war. Ich wäre bereit gewesen, für sie sieben Jahre lang, wie für eine Nadel, Wasser aus dem Brunnen zu tragen, Schafe, Ziegen und Kühe bei verschiedenen Labans zu weiden, um sie als Preis meiner Dienstleistung zu bekommen. Das alles schien mir nur so; im Grunde war ich ihrer Launen müde und sagte mir manchmal ganz leise, daß es Zeit wäre, mich ein wenig zu empören. Das war aber nicht so leicht; meine Herrin war eine Despotin, sie litt keinen Widerstand und verlangte Gehorsam. Es war ein Vorzug, daß ich bei ihr die Abende verbringen durfte, dann tranken wir zusammen Tee, saßen auf dem Balkon, plauderten von unserm zukünftigen Glück.“
„Und die Tasse?“
„Diese Tasse stand mit ihrer Gefährtin täglich zwischen uns beiden auf dem Tischchen am Fenster; über dieselbe gebengt girrten wir oft, wie zwei Taubchen über einer Quelle! — Der Tee, der bald zu süß, bald nicht süß genug war, wurde gewöhnlich in den Tassen kalt, wir hatten oft keine Zeit, ihn auszutrinken. — Eines Tages —“
„Ach, endlich!“
„Eines Tages mischte sich der böse Geist zwischen uns —“
„Mein Herr, vielleicht lassen wir den bösen Geist aus dem Spiel, böse Geister pflegen nicht anständig zu sein.“
„Es ist unmöglich, ihn zu umgehen, meine Gnädige, — er war es wohl, der es meiner Wittwe einflöste, von mir zu verlangen, daß ich meinen Tee austrinke, weil ich den Mund verzogen hatte, nachdem ich ihn gefostet; er schmeckte ganz sonderbar nach Seife oder Parfüm und war obendrein noch kalt und bitter. Der Diener oder der Teufel hat wohl irgend etwas hineingestreut — br! noch heute schüttelte ich mich, wenn ich an jenen Gesämac denke. Wir gerietten in Wortwechsel; sie bestand um so beharrlicher darauf, je mehr ich mich widersetzte; es kam zu einem ernstlichen Streit, ein Wort gab das andere, ein Argument das andere, meine Herrin war eigenfönnig, ich wollte dießmal nicht nachgeben, sie behauptete das Ihrige, ich — das Meinige —“
„Wollen Sie nicht trinken?“
„Nein.“
„Ich will es.“
„Das wird nicht helfen.“
„Ich befehle.“
„Auch das nützt nichts.“

und Mitsanmalt Otto Voigt aus Märkisch-Friedland wegen Meineides. Zu der Verhandlung, für welche drei Tage angezeit sind, sind 128 Zeugen geladen. Als Verteidiger antworten die Rechtsanwäkte von Poplanski aus Schneidemühl, Wegner aus Neustettin und Justizrat Dr. Böppel aus Bromberg. Der Sachverhalt ist folgender: Im Jahre 1897 wurde der Angeklagte zum Bürgermeister in Märkisch-Friedland gewählt. Schon damals gab es dort in der Bürgerförschaft zwei Parteien, die sich einander schroff gegenüberstanden. Der Angeklagte schloß sich keiner Partei an, sondern handelte in amtlichen Sachen stets nach seiner eigenen Ueberzeugung, weshalb er mancherlei Angriffen ausgesetzt war. Wehlich erging es dem Spartassenrendanten Köffelstein. Dieser soll einmal einen Gendarm beleidigt haben, welcher auch gegen ihn, Köffelstein, eine Klage wegen Beleidigung anstregte. Von Zeugen wurde behauptet, der Gendarm sei zu der Zeit als die beleidigenden Worte gefallen wären, betrunken gewesen. Infolge dessen wurde der Gendarm vor ein Kriegsgesicht gestellt, welches am 25. Juni 1901 in Märkisch-Friedland zusammentrat. Zu diesem Termin war auch Köffelstein als Zeuge geladen. A. wurde aber wegen Un glaubwürdigkeit nicht verurteilt und freigesprochen. Im vorigen Jahre soll der Kaufmann Fiebig zu Märkisch-Friedland verschiedenen schädigenden Gerichte über die städtische Sparkasse verbreitet haben, weshalb er von dem Vorstande der Kasse zur Rechenschaft gezogen wurde. A. Zeugen waren in dieser Sache von dem Schöffengericht zu Märkisch-Friedland auch der Angeklagte und der Nendant Köffelstein geladen. Der Angeklagte soll nach seiner Beleidigung unter anderem geragt worden sein, ob er wisse, daß der Nendant Köffelstein vor dem erwähnten Kriegsgesicht nicht verurteilt worden sei, welche Frage derselbe bejaht haben soll und zwar mit dem Buzage, daß er die Gründe nicht erfahren hätte, weshalb A. damals unvereidigt geblieben sei. Die Anklage behauptet nun, daß diese Aussage des Angeklagten unrichtig gewesen sei, da ihm die Gründe der Nichtverurteilung wohl bekannt gewesen wären. Der Angeklagte bestreitet dies und gibt an, er habe nach der Schöffensitzung von A. erfahren, daß dieser wegen Befangenheit vor dem Kriegsgesicht unvereidigt geblieben sei, nicht aber wegen Unglaubwürdigkeit.

a. Noworzlaw, 17. Januar. (Strafkammer.) In der Sitzung am Freitag wurde zunächst gegen den Arbeiter Adamski, 3. Jt. in Untersuchungshaft, wegen Diebstahls verhandelt. Der Angeklagte, ein vielfach vorbestrafter Dieb, hatte am 18. November auf dem Jahrmarkte in Argonan mehrere Diebstahls begangen. Das Urtheil lautete auf 2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, sowie Stellung unter Polizeiaufsicht. — Wegen Urkundenfälschung und Betruges war der Schreiber Bedentowski, ebenfalls 3. Jt. in Untersuchungshaft, angeklagt. Der Angeklagte wird beschuldigt, Postanweisungsantragungen auf den Namen des Kaufmanns Wischnski gefälscht und ohne Auftrag mehrere für A. eingegangene Beträge von der Post abgeholt zu haben. Der Gerichtshof hielt die Schuld des Angeklagten für erwiesen und ertheilte auf 8 Monate Gefängnis.

Hände sind Visitenkarten.

Eine schöne Hand ist unzweifelhaft ein grosser Vorzug, welchen zu besitzen alle Stände wetteifern. Wer die nach Deutschem Reichspatent aus Hühnerel bereitete

Ray-Seife

dauernd gebraucht, wird bald die überraschende Wirkung, welche Ray-Seife auf die Schönheit und Feinheit der Haut ausübt, gewahrt werden. Ray-Seife ist für 50 Pf. p. Stück überall käuflich.

„Sie wagen es, mir eine so unwichtige Sache abzuschlagen?“
„Gerade deswegen, weil sie unwichtig ist.“
„Wir sanken uns eine ganze Stunde, nicht wie Brautleute, sondern wie ein längst verheiratetes Ehepaar. In der Launenhaften erwachte die Zehnjährige. O, meine Gnädige, eine Frau dürfte niemals in Gegenwart eines Mannes in Wut geraten, wäre es auch nur deshalb, weil sie in seinen Augen häßlicher wird. Können Sie wühend sein?“
„Was ist endlich mit der Tasse geschehen?“
„Mit der Tasse? — Sie floß zusammen mit dem Unterjak, dem Tee, dem Köffel und mit meiner Liebe zum Fenster hinaus.“
„Was? — Sie, ein wohlgezogener Mensch, haben sich so unhöflich benommen? — Sie haben eine Tasse zum Fenster hinausgeworfen, und das geschah im Hause der Frau, die Sie heiraten wollten? — Wie konnten Sie sich so weit vergessen?“
„Ach, Gnädigste, hätte ich es in meinem Zorn getan, — so wäre ich heute noch verheiratet und hätte erst nach der Hochzeit erfahren, daß die Furien manchmal das Pantöffelchen schleudern, wenn sie gereizt werden. Leider war ich es nicht, der die Tasse mit dem unglückseligen Tee zum Fenster hinauswarf, sondern — sie war es selber. O, nicht wahr? — Das empört und wundert Sie, erscheint Ihnen unbegreiflich. — Mich hat es damals noch mehr empört. Nein, ich könnte es nicht wagen, eine Frau zu heiraten, die so leicht handgemein wurde und vor Wuth mit Tassen, wie mit einem Ball, umherwarf.“
„Was ist denn das für eine Frau? —“
„Schön wie ein Engel, ich versichere Ihnen, aber böse wie Hundert kleine Teufel. Wir trennten uns nach dieser Szene, und ganz sonderbar: meine heftige Liebe ist in diesem Augenblick in tausend kleine Schüden zerförrungen wie die Scherben jener zerbrochenen Tasse. Seit jener Zeit kann ich keine Tasse sehen, ohne daß ich mich meiner Braut erinnere.“
„Sie müßten doch der Tasse eher dankbar sein, weil diese Sie vor der Heirat mit einer Kantippe rettete, die nicht verstand, ihre Leidenschaft zu bekämpfen.“
„Das ist richtig! — Daran habe ich niemals gedacht. Mein Gott! — wie die guten und vernünftigen Frauen es doch verstehen, uns mit dem Leben zu versehen und uns in Logik zu unterwerfen, wenn das Böse uns Kopf und Herz verwirrt. Nun, — so bitte ich Sie um eine Tasse Tee und um — Ihr Händchen.“
„Nur zu einem Handkuss — nicht wahr?“

Totales.

Bromberg, 20. Januar.

Personalien. Der bisherige Stadtrat Alexander Kohnmann zu Posen ist als Erster Bürgermeister der Stadt Kattowitz für die gesetzliche Amtsdauer von zwölf Jahren bestätigt worden.

Der Landwehrverein begeht den Geburtstag des Kaisers am 25. Januar, und zwar das erste Bataillon im Parkside, das zweite und dritte Bataillon im Parkerschen Saal.

Das hiesige Bezirkskommando veranstaltet am Dienstag, den 27. d. Mts. eine Kaisergeburtstagsfeier im Dittmannschen Saal. Das Programm umfasst Konzert, humoristische Vorträge und Tanz.

Der Schützenverein des hiesigen Bezirks hielt am 19. d. Mts. die General-Versammlung ab, welche von 61 Mitgliedern besucht war. Nach dem Jahresbericht zählte der Verein am Ende des Jahres 79 Mitglieder, davon 56 aktive (24 Herren und 32 Damen) und 23 passive. Bei gutem Besuch wurden 44 Leibesübungen abgehalten, 1 Winterfest, 1 Sommerfest, 2 Ausflüge, 3 Familien-Abende, 1 Weihnachtsfeier und am 15. 10 ein Instrumental- und Vokal-Konzert veranstaltet. Zum Vorstand wurden die Herren Giesler, Niedermeyer, Wiedel, Zabel, Ziebarth und Frau Betschel wieder, und Herr Schulz ne gewählt. Das Stiftungsfest wird durch ein größeres Wintervergügen am 28. Februar gefeiert werden.

Stadttheater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Das Ausstattungs-Kustodial „Der blinde Passagier“ von Flamenthal und Kadelburg ist von der Direktion des Stadttheaters erworben worden. Die Novität befindet sich bereits in Vorbereitung und wird, sobald die technischen Schwierigkeiten behoben sind, in Szene gehen. Schon heute ist auf diese Novität, welche am Lesingtheater in Berlin Abend für Abend vor ausverkauftem Hause gegeben wird und dort ein Zugstück allerersten Ranges ist, aufmerksam gemacht. Das heitere Werk spielt in den Kapitänsräumen und an Bord des Salon dampfers „Victoria Louise“ und führt die Zuschauer während einer Nordlandreise bis in den Hafen von Odde und Tromsø. Die malerischen Einrichtungen, welche das Stück zur wirkungsvollen Wiedergabe erfordert, werden von Obermaschinenmeister Aug. Wolff nach dem Vorbilde des Lesing-Theaters hergestellt.

Die Schützenkompanie des Bromberger Landwehrvereins feierte den diesjährigen Kaisergeburtstag durch ein Tanzkonzert bei Herrn Marquardt in Reichelsfeld. Um 9 Uhr hielt der Vorsitzende Herr Lehmann eine kurze Ansprache und schloß mit einem Hoch auf den Kaiser, worauf ein passendes Lebnestück vorgeführt wurde. Hierauf reichten sich zwei Theaterstücke und Compiets, welche mit großem Beifall aufgenommen wurden. Um 11 Uhr begann der Tanz, welcher die Teilnehmer bis zum frühen Morgen befähmte. Am 27. d. Mts. findet ein Kaisers-Geburtstag, Medaillenausstellungen bei Herrn Wolff statt.

Wissenschaftlicher Kursus für Lehrer. Gegen Mitte Oktober d. J. wird in Berlin ein neuer staatlicher wissenschaftlicher Kursus für Lehrer eröffnet werden, der wiederum auf die Dauer eines Jahres bemessen ist. Etwa 30 Teilnehmer werden zugelassen werden.

Naturfreizeiter. Wie aus dem Interatenteil ersichtlich, wird die Schriftstellerin Frau Clara Muche aus Wertheim am Sonntag, 25. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Saale des Hotel Adler einen Vortrag halten über die Frage „Was ist die Frau ihrer Gesundheit schuldig?“ Frau Muche, welche bereits früher in Bromberg mit ihren Vorträgen Beifall gefunden hat, ist Verfasserin der bekannten Schrift „Unwohlsein bei Frauen.“

Büchermarkt.

* Die Monatschrift „Deutsche Revue“, herausgegeben von Richard Fleischer (Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt), eröffnet ihr sechsten Jahrgang mit dem sie ihren 28. Jahrgang beginnt, mit einem sehr beherzigenswerten Aufsatz „Moralisches Heimweh“ von Freiherrn v. d. Goltz, General der Infanterie. Der Verfasser erweitert darin, an den begeisterten Empfang der drei Hingegangenen in Deutschland anknüpfend, mit hohem Freimuth die ethische Seite des operativen Ningens der kaiserlichen Freiheitskämpfer und die Empfindungen, die es in unseren Herzen wachruft. Ihre Fortsetzung finden die vielbesprochenen Denkwürdigkeiten des Generals und Admirals v. Stosch; auch dieser Abschnitt wird überaus lebhaft auf die militärischen Ereignisse und die diplomatischen Verhandlungen in Versailles, Professor Marchand's (Leipzig) „E mortuis vita“ erörtert den geschichtlichen Entwicklungsgang der pathologischen Anatomie und Physiologie. Ein Gegenstück dazu bietet Professor Karl v. Hofmann (Graz) in seinem Aufsatz: „Die Verbrennung im lebenden Organismus“. F. v. Nante bietet Aufzeichnungen „Aus dem Leben Leopold v. Nante's. V. J. Nante's eine anziehende Skizze aus dem Künstlerleben „Profil Neujahr!“ Friedrich Graf von Schönborn „Begegnungen“ mit hervorragenden Zeitgenossen. Fernere Beiträge von Ad. Wilbrandt, Adelheid v. Hertenstein, Prof. A. de Gubernatis usw. zeigen, wie erfolgreich der Herausgeber sich bemüht, hervorragende Mitarbeiter für die „Deutsche Revue“ (monatlich ein Heft von 128 Seiten, vierteljährlich 6 Mark) zu gewinnen und alles in den Kreis der Besprechung zu ziehen, was das Leben unserer Zeit bewegt. Jede Buchhandlung kann das Jahrbuch zur Ansicht vorlegen.

* Zum 51. Jahrgang der „Gartenlaube“. Auch der neue Jahrgang wird viel des Schönen und Belehrenden umfassen. Er setzt ein mit dem poetisch stimmungsreichen Roman „Die vom Niederrhein“, von Rudolf Herzog, einem noch jungen, hochbegabten Autor, und bringt daneben die reizvolle Novelle „Der Baum“ von Marie von Ebner-Eschenbach, unserer ersten deutschen Erzählerin. Romane und Erzählungen unserer beliebtesten Autoren werden folgen — wir nennen die Namen: Ludwig Ganghofer, Ida von Ebn, Anton von Verfall, W. Heimburg, die für geliebten Inhalt in würdiger Form bürden. Daneben wird die Gartenlaube ihre ganz besondere Auf-

merksamkeit allen Bestrebungen der Frauenfrage zuwenden und alles, was in das Gebiet des Hauses fällt: häusliche Kunst, Frauenarbeit und Hauswirtschaftliches mit warmem Interesse pflegen.

* Die Völker der Erde. Eine Schilderung der Lebensweise, der Sitten, Gebräuche Feste und Zeremonien aller lebenden Völker von Dr. Kurt Lampert. Mit etwa 650 Abbildungen nach dem Leben. Lieferung 17—18. (Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt.) Mit den jeben ausgegebenen Lieferungen 17 und 18 liegt der erste Band des schon mehrfach von uns besprochenen Werkes abgeschlossen vor. Es verpricht nach gänzlicher Vollendung eine im besten Sinne populär gehaltene und zugleich dem heutigen Stand der Wissenschaft vollumfänglich entsprechende Völkerkunde zu werden, die bisher noch fehlte. Die Anschaffung dieses begiegnen, empfehlenswerten Prachtwerkes wird durch den billigen Preis der einzelnen Lieferung (60 Pfennig) auch weiten Kreisen möglich gemacht.

* Die Frauenfrage dreht sich während der jetzigen Ball-Saison in erster Linie um die Toilette. Butterick's Modeschneiderei betrachtet es als vornehmste Pflicht, den Damen durch sachgemäße Anleitung die Herstellung eleganter und geschmackvoller Kleidung mit wenig Unkosten im eigenen Hause zu ermöglichen. Sie veranschaulicht in 1 farbiger Ausführung die neuesten Ball- und Gesellschaftsroben, bietet originelle Entwürfe zu Maskenkostümen, sowie Strahlenkronen und Hauskleidern unter genauer Erläuterung der Anfertigung. Der vierteljährliche Abonnementspreis ist mit 1,75 Mark gegenüber der Fülle des Gebotenen ein sehr niedriger zu nennen. Bestellungen auf Butterick's Modeschneiderei beliebe man an eine Buchhandlung oder die Geschäftsstelle: Leipzig, Wilhelm-Platz, zu richten.

* Das Familienblatt Daheim sieht jetzt in 39. Jahrgang; aber es ist jung geblieben, wie ein Bild auf eine beliebige Nummer zeigt. Nehmen wir die in den ersten Tagen des Januar erschienene Nummer zur Hand. Der jetzt den Schluss zurechtbringende Roman „Kraich“ von Hans von Bobeltz schildert in ergreifender Weise die Geschichte eines Baufräuleins, wie sie in den letzten Jahren Deutschland mehrfach erschüttert haben; ein anderer neu beginnender Roman von Paul Oscar Höder, der in dieser Nummer angefangen wird, führt den Titel „Der Tagewort“. Die Aufsätze, welche diese Nummer des Daheim bringt, knüpfen fast durchgängig an die Gegenwart an, sind also aktuell. Der häuslichen Kunst dient das Daheim durch Wiedergabe von wahrhaft künstlerischen Holzschnitten, besonders auch durch Kunstbelegungen in Tondruck auf feinem Papier. Eine Besonderheit des Daheim, die kein anderes Familienblatt bietet, sind die Belegungen „Frauendacheim“, „Hausgarten“, „Kinderdacheim“, „Sausmüll“ und „Sammeldacheim“, die den Liebhabern eine Fülle interessanter Lesestoffe bieten.

Lezte Drahtnachrichten.

Berlin, 20. Januar. (Lokalanzeiger.) Auf der Gabel in der Nähe der Fraueninsel brachen gestern Nachmittag beim Schlittschuhlaufen vier Personen ein Lehrer aus Berlin mit drei Damen, ein. Eine der Damen wurde getretet, der Lehrer und die übrigen Damen ertranken.

Leipzig, 20. Januar. In Borsdorf sind zwei Schächte, ein Bohrtrum und sechs Wohnhäuser infolge Unvorsichtigkeit eines Arbeiters abgebrannt. Menschen sind nicht umgekommen.

Odesa, 20. Januar. Unter den 600 Zinsassen des hiesigen Gefängnisses entstand am 15. Januar ein Aufruhr. Die Gefangenen demolirten die Zellen, befreiten die übrigen Gefangenen und verbarbarisierten die Korridore mit Bettfüßen und Möbeltrimmern. Die Gefängniswache schritt zum Gebrauch der Waffe, tötete einen und verwundete einen der Gefangenen. Nach der Besetzung des Gefängnisses durch zwei Kompanien Militär wurde die Ruhe wieder hergestelt. Ein ähnlicher Aufruhr entstand am 16. Januar im Frauengefängnis. Das Militär gab eine Salbe ab und tötete eine Gefangene.

Tanger, 20. Januar. (Neuermeldung.) In der Nacht zum 15. Januar hat eine Anzahl überberühmter Personen in Fes auf der Straße den englischen Biskonsul mit Steinen beworfen. Die Täter sind sofort verhaftet und bestraft worden. Der Zwischenfall ist ohne Bedeutung.

Wien, 20. Januar. Ungefähr 2900 Schneidergehilfen haben gestern die Arbeit eingestellt. Vier ausländische Arbeiter, welche zur Niederlegung der Arbeit aufgefordert hatten, wurden in ihren Wohnstätten verhaftet und werden wegen Hausfriedensbruchs abgeurteilt werden.

Petersburg, 20. Januar. Dem heutigen Fest der Wasserweibe vor dem Jordanportal des Winterpalais sah der deutsche Kronprinz mit dem Zarenpaar und der Kaiserin-Mutter zu. Nach der Feier fand Galatrillstuck statt. Hierbei überreichte der Kronprinz dem Zaren als Geschenk Kaiser Wilhelms im Beisein des deutschen Botschafters das Modell des neuesten deutschen Dampfschiffes „Braunschweig“.

Columbia (Süd-Carolina) 20. Januar. Der Journalist Gonzales, welcher von dem stellvertretenden Gouverneur von Süd-Carolina am 15. Januar durch einen Schuß schwer verwundet wurde, ist gestorben.

Newyork, 20. Januar. Nach einer Neuermeldung wurde das Aufsteigen des Rauches aus dem Achterraum der „Main“ durch zwei brennende Baumstämme verursacht. Nachdem das Feuer gelöscht war, ist die „Main“ abgefahren.

Tanger, 20. Januar. (Sabasmeldung.) Die Truppen des Sultans brachten den Anhängern des Prätendenten in der Nachbarschaft des Stammes der

Hyacinthen eine schwere Niederlage bei. **Konstantinopel, 20. Januar.** Während einer gestern aus Anlaß des Epiphaniastages in der Kathedrale des Aunapou zelebrierten Messe gab ein Armenier mehrere Revolverkugeln auf den Patriarchen ab und verwundete denselben an der rechten Schulter. Die Wunde scheint ungefährlich zu sein. Der Täter, welcher sofort verhaftet wurde, konnte nur mit Mühe vor der Volksmüt geschützt werden.

Nach Schluß der Redaktion. **Bremen, 20. Januar.** Laut hier eingegangener Meldung aus Gibraltar ist der Dampfer „Bah“ wieder flott geworden und in Gibraltar eingetroffen.

Caracas, 20. Januar. Die von Castro erhobene Forderung in Höhe von 2½ Millionen Bolivars ist von ausländischen und venezolanischen Kaufleuten vollständig gezeichnet worden. Man sieht darin einen Beweis, daß der von Matos geführte Aufstand verloren ist.

Berlin, 20. Januar. Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages wählte an Stelle Singers Körn von Vorjüngern, Normann zum stellvertretenden Vorsitzenden.

Braunschweig, 20. Januar. Vor der Wohnung des Direktors der Kalkverfe, Bedenrode, wurde gestern eine Dynamitpatrone zur Explosion gebracht. Die Explosion erfolgte unter dem Vorbau des Hauses vor dem Fenster der Küche. In der Küche wurden große Verheerungen angerichtet. Man vermutet einen Racheakt; von dem Täter fehlt bis jetzt jede Spur.

Peking, 20. Januar. In der Antwort auf die Note der Mächte erklärte die chinesische Regierung, sie sei aufrichtig bedacht, ihren Verpflichtungen nachzukommen und die Forderungen der Mächte hinsichtlich der zu zahlenden Summen zu entsprechen, wenn sie dazu imstande wäre. Es wäre ihr aber unmöglich, die geforderten Zahlungen zu machen. Die Regierung bittet die ausländischen Gesandten, bei ihren Mächten für eine Erleichterung einzutreten.

Wasserstände. Table with columns: Pegel, Wasserhöhe, Zeit, etc.

Wasserstände der Weichsel. Table with columns: Pegel, Wasserhöhe, Zeit, etc.

Börsenberichte. Table with columns: Berlin, Kurs vom, Amtliche Notiz, etc.

Taschen - Fahrplan.

Fahrplan. Table with columns: Station, Zeit, etc.

Mugdeburg, 20. Januar, angekommen 1 Uhr 15 Min. Table with columns: Station, Zeit, etc.

Fahrplan

der in Bromberg ankommenden und von Bromberg abgehenden Eisenbahzüge. Table with columns: Richtung, Zeit, etc.

Abfahrts. Table with columns: Station, Zeit, etc.

aus Bromberg nach. Table with columns: Station, Zeit, etc.

aus Bromberg nach. Table with columns: Station, Zeit, etc.

aus Bromberg nach. Table with columns: Station, Zeit, etc.

aus Bromberg nach. Table with columns: Station, Zeit, etc.

aus Bromberg nach. Table with columns: Station, Zeit, etc.

Die zwischen 6 Uhr abends und 6 Uhr morgens liegenden Seiten sind in den Minutentabellen unterstrichen.

Foulard-Seide

Die in ihrem Kampfe ums Dasein schwer ringenden armen Thüringer Handweber bitten um Arbeit! Dieselben bieten an: Fischlicher, Servietten, Taschentücher, Hand- und Küchentücher, etc.

Thüringer Weberverein Gotha.

Privat-Kapitalisten! Wie Dr. med. Hair vom Contax & Co., Leipzig.

Stellenanzeiger für besseres weibl. Personal. Verlangen Sie Probennummer Zeitg., Heimchen am Herd in Coespick-Berlin. 1. Registrator u. 1. Schreiber. Verlangt R. A. u. Notar Moczyński. Für meine Weinhandlung mit Weinlese suche ich v. sofort einen jüngeren Expedienten. Off. m. Zeugnisabschriften unter E. H. 300 a. d. G. d. Z. erb. Friseurgehilfe kann sofort ein. Proell, Elisabethstr. Suche der sofort einen tüchtigen Bierfahrer. Max Plew, Biergroßhandl., Neuer Markt 8. Fernsprecher 284.

Damen, Fahnen!!! Reinecke Hannover. die Putz erlernen wollen, können sich melden Danzigerstr. 1. Tüchtige Waschfrau wird verlangt Frühnerstr. 4, 1. Sauber. Aufwartemädchen sof. verl. Schlegelstr. 15, 11. F. einige saub. Aufwärt. lang. Das. Jateit u. Sagen 3. verl. 64. Ein Aufwartemädchen von sof. verl. Rinkonerstr. 13, III. Mädchen, Kuchte erh. sof. Stell. durch Frau Frida Aktories, Stellenermittlerin, Bärenstraße 3. Wirt. Stütz. Einweim u. Mädch. f. A. emp. v. Jogi. Frau Stahnke, Gesundemietzerin, Bahnhofsstr. 65. M. A. J. M. e. Fr. Josephine Krest, Gesundemietzerin, Bärenstr. 2, II. Wirtin, Köchin, Mädchen f. A. emp. Fr. Frida Aktories, Stellenermittlerin, Bärenstraße 3.

Liebig's Fleisch-Extract. feht in keiner guten Küche. Reinecke Hannover.

Die in ihrem Kampfe ums Dasein schwer ringenden armen Thüringer Handweber bitten um Arbeit! Die in ihrem Kampfe ums Dasein schwer ringenden armen Thüringer Handweber bitten um Arbeit!

Preussischer Landtag.

(Fortsetzung von der 5. Seite.)

Stärkung des Deutschtums in den Ostmarken sei uns Pflicht; der konfessionelle Streit soll aber nicht geführt werden. Das Wort der Ansiedelung in den polnisch sprechenden Landesteilen ist eine nationale Aufgabe vornehmster Art. Indessen, auch hier muß sie stetig des einen bewußt sein: Alles, was wir für nationale und kulturelle Zwecke tun, bleibt unfruchtbar, wenn wir nicht das Wohl der Landwirtschaft in erster Linie im Auge behalten. Die Landwirtschaft ist das Fundament des nationalen Staates, der Grund- und Schiefer der deutschen Kultur. Die Landwirtschaft stärken, heißt das Deutschtum stärken. (Beifall rechts.)

Ministerpräsident Graf von Bülow: Ich spreche meine Genehmigung darüber aus, daß der Herr Vorredner sich für den von uns vorgeschlagenen Bau eines königlichen Residenzschlosses in Posen ausgesprochen hat. Der Abg. Fröhen hat vorhin eine Parallele gezogen zwischen Straßburg und Posen. Ich gebe dem Abg. Fröhen vollkommen zu, daß zwischen den Verhältnissen in unserer Westmark und unserer Ostmark eine gewisse, eine sogar große Ähnlichkeit besteht, denn hier wie dort haben wir die Pflicht, das Deutschtum mit allen gesetzlichen Mitteln zu fördern. Ich muß ihm aber darin widersprechen, wenn er sagt, daß das Residenzschloß in Straßburg keine direkten Vorteile für die Stärkung des Deutschtums gebracht hat, denn ich weiß aus eigener Anschauung und von Kennern von Elsaß-Lothringen, Verhältnissen, daß gerade das Residenzschloß in Straßburg und die dadurch bedingte und mögliche häufige Anwesenheit des Kaisers in dem Reichslande, das persönliche Band, das dadurch hergestellt ist zwischen dem Kaiser und Elsaß-Lothringen, wesentlich beigetragen hat zu der, ich kann sagen, glücklichen fortwährenden Verschmelzung zwischen dem Reichslande und dem deutschen Reich. Deshalb hoffe ich, daß die Mehrheit dieses hohen Hauses uns auch die Mittel nicht versagen wird zum Bau einer Residenz in Posen, die nicht nur sein soll ein äußeres Wahrzeichen des Deutschtums einer Provinz und ihrer Zugehörigkeit zur preussischen Monarchie, sondern die auch dem Könige und Kaiser die Gelegenheit geben soll, regelmäßig gerade in der Provinz Posen zu residieren und gerade dieser Provinz Zeichen seines persönlichen Interesses und seiner persönlichen Fürsorge zu geben.

Und nun noch einen Punkt, den der Vorredner berührt hat. Dem hohen Hause sind die Gründe bekannt, aus welchen die Regierung es ablehnen muß, hier materiell einzugehen auf Angelegenheiten, die nach Ansicht der Regierung nicht vor das Forum dieses hohen Hauses gehören. Die Regierung muß ihrerseits darauf verzichten. Das eine aber muß ich gegenüber dem Grafen Limburg-Sturum mit großer Entschiedenheit betonen: Die Regierung ist bei der Aufstellung des Zolltarifs bestrebt gewesen, den Interessen der Landwirtschaft soweit als möglich entgegenzukommen. Die Regierung ist ohne Ausnahme davon überzeugt, daß der Tarif erhebliche Vorteile für die Landwirtschaft bietet und die Regierung wird bei den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen nicht bloß mit Worten, sondern auch mit der Tat bestrebt sein, die Interessen der Landwirtschaft wahrzunehmen. (Beifall.)

Abg. Noelle (nat-lib.): Ich muß auf die Haltung der Nationalliberalen beim Zolltarif eingehen; ich erkläre, daß die nationalliberale Fraktion das Landtagsmitglied einverstanden ist mit der Satzung der Nationalliberalen im Reichstage. Wir sind der Ansicht, daß mit diesem Zolltarif günstige Handelsverträge erzielt werden werden. Unsere Freunde im Reichstage sind den großen Traditionen ihrer Partei treu geblieben und können unbefürmert um die Angriffe von rechts und links, stolz darauf sein, daß sie durch das Vorgehen ein nationales Werk zustande gebracht haben. Von der Reichstagsfrage geht Redner sodann über zu dem preussischen Etat. Der einzige dunkle Punkt in unserer finanziellen Lage ist unser Verhältnis zum Reich. Hier muß eine reinliche Scheidung stattfinden. Ich bedaure, daß bei der Schaffung einer durchgehenden Reform die Herren vom Zentrum auch diesmal wieder verlagert werden, wie ich aus der Rede des Herrn Kollegen Fröhen heute vernommen habe. Der Ausgleichsfonds, den er befürwortet hat, stellt keine ernste Maßregel dar, da er sehr bald aufgebraucht sein würde. Die sinkende Tendenz der Eisenbahnnebenleistungen ist ein Bedenken. Wir fordern eine schärfere Trennung von Eisenbahnetat und allgemeiner Finanzverwaltung. Was den angekündigten Eisenbahnausgleichsfonds anlangt, so behalten wir unsere Stellungnahme vor bei Einbringung der betr. Vorlage. Wenn der Herr Finanzminister freilich sagt, die Eisenbahn sei sein Schmerzenskind, so können wir nur wünschen, daß er mehr solche Schmerzenskinder hätte. (Sehr richtig!) Das Staatsbahnwesen hat sich dank dem kaufmännischen Geschick des Herrn v. Thielen ausgezeichnet entwickelt. Jetzt soll man aber wieder an die volkswirtschaftlichen Aufgaben des Eisenbahnwesens denken und dieses nicht nur immer als milchende Kuh ansehen. Redner bespricht sodann die Reform der Landeslotterien, die derselben ihren spießbürgerlichen Charakter etwas nehmen. Das beste wäre, daß alle Landeslotterien zu Gunsten einer Reichslotterie verschwand, damit auch dieser häßliche Fleck auf dem Bilde deutscher Einheit endlich weggeschwemmt werde. Beim Kultus-etat bemängelt Redner den neu gebildeten Posten „Generalinspektor für Reformschulen“. Das Wort „Generalinspektor“ sei nicht glücklich gewählt. Hoffentlich sei der Generalinspektor nicht dazu berufen, der erfreulichen Bewegung der Reformschulen, die sich in einer gewissen Freiheit vollzogen, irgendeine Einsicht zu geben. Redner erwähnt sodann den Trakehner Prozeß, der erwiesen habe, daß die staatlichen Schulen leider noch nicht durchweg Musterschulen seien. Er wünscht ferner, daß der Staat sich auch etwas um das Wohnungswesen

kümmern möge. Die Forderungen zur Bekämpfung des Polentums werden seine Freunde mit Wohlwollen prüfen. Die Kanalvorlage scheint auch diesmal nicht wieder eingebracht zu werden. Die Wähler hätten ein Recht, zu verlangen, daß die Entscheidung über eine so wichtige politische Vorlage noch vor den Wahlen erfolge. Auch aus taktischen Gründen empfehle sich die Einbringung der Vorlage; die Industrie würde dadurch Vorteil haben, Tausende von Arbeitern würden Beschäftigung finden, ganz abgesehen davon, daß der innere Verkehr sich dadurch heben würde. Nach den früheren bündigen Erklärungen der Regierung hoffe er, daß das Wort „Gebaut wird er doch!“ zur Wahrheit werde. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Wiemer (frei. Wp.): Zu einer pessimistischen Auffassung unserer Finanzlage liegt kein Grund vor, das Defizit ist nur ein Kassendefizit. Wären die Extraordinarien nicht so hoch dotiert, so würde auch das Defizit kein so hohes sein. Auch die Ausgaben des Reiches würden nicht so kolossal wachsen sein, wenn nicht so hohe Anforderungen für Kolonien, Heer und Marine gestellt wären. Einer Reichsfinanzreform, die auf die Vermehrung der indirekten Steuern hinausläufe, können meine Freunde nicht zustimmen. Die Schwankungen in den Eisenbahnnebenleistungen sind etwas ganz Selbstverständliches. Mit dem Moment, wo die Eisenbahnen verstaatlicht wurden, mußte man sich auch auf Schwankungen gefaßt machen. Die Idee des Ausgleichsfonds ist uns unheimlich; eine definitive Stellungnahme dazu behalten wir uns vor, bis wir die Einzelheiten kennen. Prinzipiell aber erhebe ich Einspruch gegen die Schaffung neuer Dispositionsfonds. Die Vorbedingung für die Sanierung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ist die baldige Abschluß guter Handelsverträge. Der Finanzminister mahnt zur Sparsamkeit. Gewiß, auch auf diesem Hause ist auf Mehrausgaben gedrängt worden, aber das ist nur ein Beweis dafür, daß für Kulturaufgaben bisher nicht genug ausgeworfen war. Daß die Gehaltsaufbesserung der Beamten abgeschlossen sein soll, bedauere ich, denn es bestehen noch zahlreiche Ungleichheiten und Härten; vor allem ist die Reform des Wohnungsgeldzuschusses notwendig. Was die Einzelheiten betrifft, so werden wir uns den Reformplan der Lotterie genau ansehen, ehe wir ihm zustimmen. Der Eisenbahnetat beweist, daß der neue Minister nicht gewillt ist, in allem seinem Vorgänger zu folgen. Wir erkennen die Verdienste des Ministers von Thielen an, bedauern aber, daß er dem Finanzminister nicht energisch genug Widerstand leisten konnte. Hoffentlich wird das jetzt anders. Im Gegensatz zu Graf Limburg, der eine Erhöhung der Personalentlastung empfahl, möchte ich für eine Herabsetzung der Personal- und Giltentartefle plädieren. Zu neuen Eisenbahnverstaatlichungen ist die gegenwärtige Zeitlage nicht geeignet. Entscheidend für neue Verstaatlichungen darf aber nur das Verkehrsinteresse sein, nicht etwa, wie bei der Verstaatlichung der Ostpreussischen Südbahn, das landwirtschaftliche Interesse. In bezug auf die Kanalvorlage unterschreibe ich das, was der Abgeordnete Noelle gesagt hat, vollkommen. Im vorigen Jahre wurde doch wenigstens in Aussicht gestellt, daß etwas geschieht, heute herrscht aber ein Schweigen auf der ganzen Linie. Brechen Sie dies rätselhafte Schweigen, sagen Sie dem Lande, wie es mit der Kanalvorlage steht! Herr von Roddebeck will sein geringwertiges Wort nicht auf den Mittelkanal, sondern auf den naturlichen Kanal angewandt haben, aber auch dieser Kanal ist von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung. Die Klagen über die Not der Landwirtschaft werden auch in diesem Jahre nicht verstummen. Aus den Domänenverpachtungen auf die Lage der Landwirtschaft zu schließen, ist meiner Ansicht nach falsch. Daß die Lage der Landwirtschaft schwierig ist, wird ja niemand bestreiten (Wahlrecht), aber man hüte sich vor Ueberreibungen. Einspruch erheben wir gegen den Fonds zu Prämien für Pferdenennen. Die Zustände, die der Prozeß in Trakehnen enthüllt hat, sind unwürdig eines Kulturstaates, der Preußen doch sein will. Ich hoffe, daß die Verwaltung energisch vorgehen wird, um die Mängel auf diesem Gebiet zu beseitigen. Ich bedaure, daß für die Neueinstellung von Schulinspektoren nichts im Etat vorgesehen ist. Ob dagegen eine Aufwendung für Förderung des Rudersports in den höheren Lehranstalten sich empfiehlt, darüber wollen wir noch in der Kommission sprechen. Erwünscht wäre eine Auskunft darüber, wie es mit der Ablösung der Patronatslasten steht.

Zum Etat des Ministeriums des Innern übergehend, verbreitet sich Redner ein wenig über die vielfachen politischen Mißgriffe, die ihren Grund darin haben, daß minderwertiges Beamtenpersonal eingestellt werde. Es muß den niederen Polizeiorganen Respekt vor der bürgerlichen Freiheit eingeschärft werden. Dringend einer Reform bedürftig ist die Art, wie die Landtagswahlen jetzt vor sich gehen, da bei den nächsten Landtagswahlen eine Beteiligung der Sozialdemokraten erfolgt, die mit einer Art Obstruktion bei den Wahlen droht haben. Vor allem tut uns eine gerechte Einteilung der Landtagswahlkreise. Bei der Germanisierung der gemischtsprachigen Landesteile ist eine gewisse Vorsicht zu bewahren. Besondere Zulagen für die dortigen Beamten und Lehrer sind weder gerechtfertigt noch zweckmäßig und aus mannigfachen Gründen recht bedenklich. Wir haben nichts gegen erhöhte Mehraufwendungen für Kultuzwecke, nur scheinen sie hier nicht recht am Platze zu sein. Sehr skeptisch stehen wir dem Versuch gegenüber, durch Belegung der Städte des Ostens mit Garnisonen die Germanisierung fördern zu wollen. Auch der Plan der königlichen Residenz in Posen will uns nicht recht einleuchten. Die Erfahrungen, die in Straßburg gemacht worden sind, sollten zu größerer Vorsicht mahnen. Das Deutschtum soll gefördert werden, aber nicht Altablismus und Kafatismus. — Das Ausschreiben der Kanalvorlage ist bezeichnend für den Kurs der inneren Politik, und die Regierung hat vor den Agrariern kapituliert, laudabiler se sub ject. Die Organe der Regierung haben sich in den Diensten der konservativen Partei gestellt, das zeigt

Greifswald-Grimmen, das zeigt Rastenburg, wo der Landrat Anordnungen erteilt, wie die konservativen Flugblätter verteilt werden sollen. Das Gegenstück hierzu bildet die Nichtbefähigung liberaler Männer in der kommunalen Verwaltung. Wir wollen nicht, daß derartige Eingriffe in die Selbstverwaltung erfolgen. Es ist die Frage zu erörtern, ob das Befähigungsrecht der Krone nicht überhaupt einer Einschränkung bedarf. In Baden geht es auch ohne Befähigung. Das liberale Bürgertum will keine Bevorzugung, sondern nur gleiches Recht und den ihm zukommenden Platz an der Sonne. (Bravo! links.)

Abg. von Jedlich-Neufried (freikons.): In einer Zeit, in der die finanzielle Fundamentierung des Staatswesens nicht besonders gut steht, kann eine verständige Regierung nicht mit einer Vorlage an dieses hohe Haus kommen, die so große Anforderungen stellt, wie eine Kanalvorlage. Dies Herr Noelle zur Antwort. Die Kanalvorlage ist keine Frage politischer Natur; nur wirtschaftliche Gesichtspunkte dürften da in Frage kommen. Die Einnahmen des Etats bieten das Bild eines recht knappen Jahres. Trotzdem sind überall die dauernden Ausgaben erheblich vermehrt worden. Auch zu Zeiten des Ministers Miquel war das Extraordinarium reichlich ausgestattet, aber der Etat balanzierte, während wir heute ein Defizit zu verzeichnen haben, und dies Defizit ist keineswegs ein bloßes Rechnungsdefizit. In der schlechten Finanzlage ist vor allem der Umlauf Schuld, daß die Reichsfinanzbehörde den anderen Behörden gegenüber machtlos ist; eine wirkliche Besserung wird nur dann erzielt werden, wenn dem Schatzsekretär die Möglichkeit gegeben wird, Mehrausgaben nur dann zuzulassen, wenn Zug um Zug für Deckung gesorgt wird. Aus den Zöllen fließen dem Reich Einnahmen zu, die den Steuerzahler nicht im geringsten belastet. Das Wort von der Mehrbelastung des Volkes durch die Zölle ist nur ein Schlagwort. Man vergißt ganz die Herabsetzung der Zuckersteuer. Dadurch ist der Konsum der Bevölkerung ganz erheblich entlastet worden. Was die Ausgaben des Etats betrifft, so sind die einmaligen Ausgaben so hoch bemessen, wie kaum in den guten Jahren. Der Errichtung eines Ausgleichsfonds kann ich grundsätzlich nur zustimmen; es kommt aber nicht nur darauf an, die Eisenbahnen vor Schwankungen in der allgemeinen Finanzlage zu wahren, sondern auch darauf, die allgemeinen Finanzen sicher zu stellen gegen Schwankungen im Eisenbahnetat. Die Kulturaufgaben dürfen unter der vorübergehenden Finanzklemme nicht leiden; es wird aber Aufgabe der Budgetkommission sein, genau zu prüfen, welche Ausgaben notwendig sind. Die Lage der Landwirtschaft ist nach wie vor eine mißliche; ich bedaure, daß es nicht möglich war, ihr den Zollschutz zu gewähren, den die Mehrheit des Reichstags für notwendig hält, gebe aber zu, daß der neue Zolltarif einen erheblichen Fortschritt bedeutet. (Sehr richtig.) In der Eisenindustrie zeigt sich ab und zu immer wieder ein Anflug zur Besserung, und der Textilindustrie scheint es tatsächlich besser zu gehen. Durch langfristige Handelsverträge wird die Lage der Industrie erheblich gebessert werden. Solche langfristigen Handelsverträge liegen gleichzeitig im Interesse der Landwirtschaft; durch sie wird das Vertrauen der Landwirtschaft zur Regierung wieder hergestellt werden. (Sehr richtig! rechts.) Mit Freude erfüllen wir die Forderungen nach der Gen darmarie. Daß hier und da politische Mißgriffe vorkommen, wird sich niemals ändern lassen. Die Befähigung oder Nichtbefähigung von Kommunalbeamten erfolgt nicht einseitig durch die Regierung, sondern nur unter Zustimmung der Bezirksausschüsse. Eine Einschränkung des Befähigungsrechts wäre ein schwerer Fehler angesichts des Strebens der Sozialdemokraten, in die städtischen Verwaltungen einzudringen und angesichts der Tatsache, daß der Liberalismus diesen Bestrebungen gegenüber so schwach ist, daß er selbst Herrn Singer in Berlin in die Schuldeputation wählen konnte. Notwendig ist ein Schulnotationsgesetz, sowie Maßnahmen zur Förderung des Handwerks. Der Abg. Wiemer sprach von einem Zurückweichen der Regierung vor den Konservativen. Nein, um ein Zurückweichen handelt es sich nicht. Die bürgerlichen Parteien sollten überhaupt mehr das Einzelgänger im Kampfe gegen die Sozialdemokratie in den Vordergrund stellen, damit das Vertrauen zur Regierung überall im Lande wieder hergestellt wird. (Beifall rechts.)

Abg. Ehlers (frei. Wp.): Zu größeren Erweiterungen dürfen nur die Aufwendungen für die Polenpolitik Veranlassung geben. Auch wir wollen, daß die Provinzen Westpreußen und Posen deutlich bleiben, es fragt sich aber, ob die Mittel, die man anwendet, die richtigen sind. Und da erkläre ich, daß wir uns eine Kritik dieser Mittel nicht verbieten lassen. Uns ist es mit dem Kampfe gegen die Polen ernst; meine Freunde haben sogar agrarisch-konservative deutsche Kandidaten gegen die Polen unterstützt, aber mir ist kein Fall bekannt, wo Konservativere einen Liberalen gegen die Polen unterstützt haben. Die Absicht, die Lehrer im Osten für treue Pflichten zu belohnen, wäre ein ungemein gefährlicher Schritt. (Sehr richtig links.) Man gebe den Lehrern eine ständige Zulage, nehme aber von dem Prämienystem Abstand. Welchen Erfolg eine kaiserliche Pflanz in Posen haben soll, vermag ich nicht einzusehen. Die heutige Verhandlung hat mich enttäuscht, ich hätte gern erfahren, wie sich die Regierung zu den Mehrheitsparteien des Hauses, den Konservativen, dem Zentrum, den Nationalliberalen und à la suite derselben der freisinnigen Volkspartei, stellt. Leider hilft sich die Regierung in Schweigen. Auch über die Kanalvorlage sagt sie uns nichts. Der Kanal hat für mich nur eine rein persönliche Bedeutung. Der Finanzminister sagte mir im vorigen Jahre, ich würde noch so lange leben, bis der Kanal gebaut wird, und ich sehe darauf große Hoffnungen. (Weiter.) Ich erwarre, daß die Regierung uns wenigstens morgen erklärt, ob sie gewillt ist, die innere Politik

auch fernerhin mit den Konservativen und dem Zentrum zu betreiben. (Beifall links.) Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr. Schluß 4 Uhr.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 20. Januar.

a. Stadttheater. Die Sonnabendaufführung von Schillers „Fiesko“ war in anbetender Umstände, welche man an einer mittleren Bühne und bei einem so komplizierten Stück mit seiner Fülle handelnder Personen und seinen Massenszenen sehr wohl in Anschlag zu bringen hat, eine recht tüchtige und befriedigende. Besondere Wirkung und Kraft empfing die Aufführung dadurch, daß Herr Direktor Stein den Fiesko spielte und damit eine bedeutende Leistung vor das Publikum hinstellte. Die Gestalt ist nicht leicht darzustellen, da es dem Dichter kaum gelungen ist, alles, was er nach seiner Vorrede in seinen Fiesko hineinlegen wollte, wirklich zum Ausdruck zu bringen und vor allem innerlich zu vereinigen: Der Charakter Fiesko und der Politiker Lavagna sind zwei Personen, die nicht immer gleichmäßig verschmolzen sind. Das hindert den Darsteller und erschwert ihm die Aufgabe. Herr Direktor Stein war sich dessen wohl bewußt, was die große Aufgabe zu bedeuten hatte, und löste sie in eindringlicher, scharfsinniger Weise, welche den sicheren Darsteller und den überlegenden Beobachter gleichermaßen offenbarte. Die Höhepunkte der Rolle, die große Fabel, die beiden Monologe und der Ausbruch an Leonorens Leiche, waren Momente eindrucksvoller Darstellung. Als Gast spielte Herr Ernst glücklich als meist bisher. Vermoche er es auch nicht, alle Seiten des komplizierten Charakters gleichmäßig hervorzuheben, so kamen doch Spitzbüberei, Dreistigkeit und auch ein gewisser Humor zu ihrer Geltung. Eine Art von Größe, von scharfsinniger Bosheit, von Klugheit in der niedrigen List fand noch zu wenig Betonung, auch war Herr Ernst noch viel zu beweglich. Von den übrigen Leistungen wären noch Herrina (Herr Trebore), Burgognius (Herr Weing), Gianettino (Herr Baumeister) und der erste Bürger (Herr Mesner) hervorzuheben. Herr Fiesko (Herr Andreas) fehlte es noch an wichtiger, imponierender Größe, die seinem Soliman eini nicht fehlte. Frä. Lechold (Leonore) war etwas zu äußerlich und reichlich weich, Frä. Soden (Berta) genügte durchaus, Frä. Nicolai dagegen mußte mit der dämonischen Julia, die ihr allerdings nicht liegt, nur das anzufangen, was eine gewissenhafte Künstlerin in solchem Falle zu leisten vermag. Die Regie zeigte sich umsichtig und klar.

* Der Verein „Frauenwohl“ hielt am 16. Januar im ehemals Sauerischen Lokale seine Hauptversammlung ab, welche von dem regen Leben innerhalb des Vereins Zeugnis ablegte. Der von der Schriftführerin erstattete Jahresbericht zeigte, wie der Verein an allen Fragen der Frauenbewegung Anteil nimmt, für seine Ideen Propaganda macht und ganz besonders die Frauen zum sozialen Wirken zu erziehen sucht. So wurde auch als der praktisch wirksamste der vom Verein veranstalteten Vorträge der „über die Frau in der Waisenfürsorge“ bezeichnet, der sehr gut besucht war und das Interesse für das Wirken der Frau im kommunalen Amte anzuregen suchte. Das, was dort als mündenswert bezeichnet wurde, ist nun erreicht, die Frauen sind endlich auch in Bromberg zur städtischen Armen- und Waisenfürsorge zugelassen und haben sich bereits auch eine größere Anzahl von Frauen gemeldet, welche bereit sind, das Amt einer Armen- und Waisenfürsorge zu übernehmen. Nachdem noch verschiedene Geschäftliche verhandelt worden war, endete die Versammlung um 10 1/2 Uhr.

L. Posen, 19. Januar. (Ein „Frauergottesdien“ für die im politischen Aufstande 1863 gefallenen Posen findet anlässlich der 40. Wiederkehr des Jahrestages des polnischen Aufstandes von 1863 am 22. Januar früh in der Posener Pfarrkirche statt. — Ob die Polizei mit diesem „Gottesdien“ einverstanden sein wird?)

E. Posen, 19. Januar. (Es stand.) Die zweite Kälteperiode mit Temperatur bis 15 Grad unter Null erzeugte auf der Warthe schon nach drei Tagen Grundeis. In voller Breite trieb das Grundeis in dichten Massen. Gektern konnte das Wasser die Eismassen nicht mehr durch die Schmelzenlöcher brechen. Sie stauten daher vor diesem Hindernis und es trat Eisstand ein, der von Posen aufwärts ununterbrochen forschte. Zum zweiten mal in diesem Winter ist die Warthe zugefroren. Bei Fortbauer des strengen Frostes genügen wenige Tage, um die Eisbede passierbar zu machen. Der Wasserstand, vor dem Frost 1,80 Meter, ist auf 1,20 Meter gefallen.

L. Posen, 19. Januar. (Gegen die neue Bauordnung) protestierte die heute Abend vom Verein für kommunale Interessen einberufene öffentliche Versammlung. Einstimmig beschloß man eine Petition an die Behörden, die Klassen 3 und 4 der neuen Bauordnung nicht in Kraft treten zu lassen. Genächt wurde eine Kommission, welche die Beschlüsse der Versammlung der Behörde unterbreiten soll.

Witterungsbericht zu Bromberg.

Beobachtungsstation: Vorstadtstraße. Tageskalender für Mittwoch, 21. Januar. Sonnenaufgang 7 Uhr 58 Minuten. Sonnenuntergang 4 Uhr 2 Minuten. Tageslänge 8 Stunden 4 Minuten. Sibirische Abweichung der Sonne 20° 6'. Mond nach dem letzten Viertel. Mondaufgang nach 1/2 Uhr nachts. Untergang nach 1/2 Uhr vormittags.

Witterungsbericht zu Bromberg.						
Beobachtungsstation: Vorstadtstraße.						
Tageskalender für Mittwoch, 21. Januar.						
Sonnenaufgang 7 Uhr 58 Minuten. Sonnenuntergang 4 Uhr 2 Minuten. Tageslänge 8 Stunden 4 Minuten. Sibirische Abweichung der Sonne 20° 6'. Mond nach dem letzten Viertel. Mondaufgang nach 1/2 Uhr nachts. Untergang nach 1/2 Uhr vormittags.						
Ueberrichtstabelle.						
Zeit der Beobachtung	Temperatur an demselben Orte	Temperatur an demselben Orte	Windrichtung	Windstärke	Wetter	
Monat	Jahr	Tag	Stunde	Stunde	Stunde	
1	19	mittags 1 Uhr	77,5	-6,8	68	3
1	19	abends 9 Uhr	77,0	-7,1	72	3
1	20	früh 9 Uhr	77,2	-8,5	70	3

Scala für die Witterung: 0 = heiter, 1 = leicht bewölkt, 2 = stark bewölkt, 3 = ganz bedeckt. Temperaturmaximum gestern = 5,2 Grad Reaumur = 6,5 Grad Celsius. Temperaturminimum nachts = 7,9 Grad Reaumur = 9,9 Grad Celsius. Voraussichtliche Witterung für die nächsten 24 Stunden.

Kaltes, vorwiegend trübes, zu Schneefällen geneigtes Wetter. Bromberg, 20. Januar. Amtl. Handelskammerbericht. Weizen 145-151 M. — Roggen je nach Qualität 116-124 M. — Gerste nach Qualität 116-122 M. Brauware 125-133 M. — Erbsen: Futterware 125 bis 136 M., Kochware 150-166 M. — Hafer 116-133 M.

Deutscher Reichstag.

241. Sitzung vom 19. Januar 2 Uhr.

Das Haus ist schon besetzt.
Am Bundesratspräsidenten Freiherr von Thielmann, von Gofler, Graf von Poladomski, von Zirbig u. a.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Etats.
Staatssekretär im Reichsschatzamt Hr. von Thielmann: Der vorliegende Etat enthält nicht nur 24 Millionen ungedeckter Matrifularbeiträge, sondern auch noch eine Zuschußanleihe von 94 Mill., wovon 48 Mill. zur Deckung des Defizits des vorigen Jahres dienen. Der Etat für 1903 ist also noch weit ungünstiger, als wir anfänglich annahmen.

Das Jahr 1900 war das erste, das mit einem Fehlbetrag abschloß. Allerdings war dieses Defizit verhältnismäßig unbedeutend, es belief sich auf 2 Millionen, dagegen bezifferte sich der Fehlbetrag von 1901 auf 48 1/2 Millionen und war um volle 5 Millionen höher, als wir ihn geschätzt hatten. In so hohem Maße ist noch nie im Reichshaushaltsetat die Wirklichkeit hinter der Schätzung zurückgeblieben. Die Gründe brauche ich Ihnen nicht auseinanderzusetzen, sie liegen in der allgemeinen wirtschaftlichen Depression, die seit Jahr und Tag in aller Munde ist. Nur einige Hauptdaten möchte ich aus dem Jahre 1901 hier rekapitulieren. Die Post hat ohne Einrechnung von Baiern und Württemberg allein einen Ausfall von 19 Millionen gehabt, die Einnahmen der Reichseisenbahnen brachten einen Ausfall von 11 Millionen. Die Zuckerversteuer brachte eine Mindereinnahme von 5, die Brennsteuer eine solche von 3 Millionen. Für die Bundesstaaten besonders schmerzhaft war das Minus in den Ueberweisungen von 15 Millionen Mark. Für die Schuldentilgung ist allerdings einiges aufgewandt, dafür sind aber auch die Matrifularbeiträge viel höher geworden. Aus allem geht hervor, daß sich der Gedanke einer Restfinanzreform auf die Dauer nicht mehr von der Hand weisen läßt. Eine solche würde aber wieder neue Steuern notwendig machen, und ich glaube kaum, daß im Hause eine Mehrheit für solche zu haben wäre.

Sich komme nun zum Etat des Jahres 1902. Auch dieser wird voraussichtlich mit einem recht großen Defizit abschließen. Wir haben auch hier wieder in den Verwaltungen der meisten Ressorts Mindereinnahmen, und die Ausgaben sind gewachsen. Die Zuckerversteuer allein ergibt eine Mindereinnahme von 5 1/2 Millionen, die Stempelsteuer von 1 Million, die Mindereinnahme der Eisenbahnen ist allerdings nicht mehr so groß, wie im Jahre vorher, beträgt aber immer noch 3 Millionen. Wie hoch der Ausfall bei der Reichsbank sein wird, weiß ich noch nicht, da bei ihr der Abschluß noch nicht erfolgt ist, auf einige Millionen wird aber auch er sich sicher belaufen. Einige Postitionen haben allerdings auch Mehreinnahmen ergeben, so die Meißelsteuerversteuer 1 1/2 und die Schaumweinsteuer 2 1/2 Millionen. Insgesamt beziffern sich die Mindereinnahmen nach Abzug der Mehreinnahmen auf 17 1/2 Millionen. Hierzu kommen an Mehrausgaben 12 1/2 Millionen, so daß sich das Defizit auf rund 30 Millionen beziffern wird, wozu dann noch die Mindereinnahmen der Reichsbank hinzuzurechnen wären. Bei der starken Unterbilanz, mit der wir arbeiten, und bei den geringen Betriebsmitteln ist ein reger Verkehr mit Schatzanweisungen nicht zu vermeiden gewesen. Der Mehrbedarf an Schuldscheinen für 1902 beläuft sich auf 1 1/4 Millionen. Bei der Marineverwaltung sind — abgesehen von der Venezuela-Blockade — Ueberschreitungen nicht vorgekommen; ihre Ausgaben decken sich mit dem Etat. Ob die Venezuela-Blockade, die zur Verwirklichung wohlgegründeter deutscher Ansprüche notwendig war, einen Nachtragsetat erforderlich machen wird, steht noch nicht fest, da niemand weiß, wie lange die Blockade dauern wird. Nicht nur erreicht, sondern gegenüber der Schätzung sogar um eine Kleinigkeit überschritten sind im Jahre 1902 die Zolleinnahmen (Sört, hört! bei den Sozialdemokraten), ich möchte aber vor dem gewagten Schritte warnen, sie deswegen für 1903 heraufzusetzen.

Am Abgeordnetenheute sagte der Finanzminister den Abgeordneten Neutigkeiten, wenn er den neuen Etat vorlegt; ich bin dazu nicht in der Lage, denn die Zahlen sind Ihnen längst bekannt. Ich beschränke mich daher auf wenige Bemerkungen, die nur dazu dienen sollen, Ihnen einige Handhaben für Ihre Kritik zu bieten. (Heiterkeit.) Ich kann den einzelnen Ressortchefs das Zeugnis erteilen, daß sie bei der Bemessung ihrer Ausgaben so vorsichtig wie möglich gewesen sind; außerdem aber hat auch der Bundesrat noch alle solche Ausgaben gestrichen, die sich nicht als unbedingt notwendig erwiesen. Weitere Streichungen werden daher nicht in dem Maße möglich sein, daß sich dadurch die Zuschußanleihe von rund 95 Millionen wesentlich verringern ließe. Mehrausgaben sind in Höhe von 46 Millionen Mk. erforderlich; zum Teil sind sie durch die erhöhten Anforderungen der Verfügungsgeleihe notwendig geworden. Die Matrifularbeiträge überschritten die Ueberweisungen im Jahre 1902 um 24 Millionen. Viele Bundesstaaten haben mit ihren bisherigen Beiträgen das Meiste geleistet, was ihnen überhaupt möglich war, einige haben für diese Zwecke sogar Anleihen aufnehmen müssen. Das ist jedenfalls ein höchst ungelinder Zustand. Die Steuerlast kann in diesen Ländern auch nicht stärker angezogen werden. Also mit einer Erhöhung der Matrifularbeiträge ist nicht zu rechnen. Der Staatssekretär geht nun auf einzelne Postitionen ein und bemerkt u. a.: 1 1/2 Millionen sind eingestellt für die Beschaffung der Weltausstellung in St. Louis. Ferner finden Sie eine Postition: zum Erwerb eines Grundstücks für den Erweiterungsbau des Reichsmarinemuseums. Wir werden ja den Bau noch nicht in diesem Jahre beginnen, aber es wäre nötig, daß wir uns den Platz sichern, denn Wertheim greift dort immer mehr um sich. (Heiterkeit.) Redner spricht immer leiser und sinkt bis zur völligen Unverständlichkeit herab. Schließlich wendet er sich zum Präsidenten und flüstert ihm einige Worte zu. Präsident Graf Ballerstein ersucht hierauf die Anwesenden, sich recht ruhig zu verhalten, da der Herr Schatzsekretär heute heiter sei.

Staatssekretär Freiherr v. Thielmann beendet sein Referat, ohne sonderliche Aufmerksamkeit zu finden.

Hr. Dr. Schädlcr (Zentr.): Der Herr Schatzsekretär hat vollständig recht, wenn er eingangs seiner Rede uns mitteilte, Neues werde er uns nicht

zu sagen haben. Auch die Entwicklung seines Defizits hat uns die Rede nicht schmachhafter machen können. Es ist immerhin ein Trost, daß wir im folgenden Jahre etwas weniger Schulden haben werden, als im vorangegangenen. (Ueb. S. i. n. g. e. r. S. o. z.): Sehr bescheiden! Nun, bescheiden kann man schon immer sein. Herr Kollege Singer! (Heiterkeit.) Es ist eine Fronte des Schicksals, daß uns gerade der Schatzsekretär einen solchen wenig trostvollen Etat vorlegen muß, der nach seiner Angabe noch vor wenigen Jahren im Gelde geschwommen ist und sich aller Anforderungen, die aus dem Geldüberfluß kamen, kaum erwehren konnte. Na, noch vor wenigen Jahren, aber: lang, lang ist's her. (Heiterkeit.) Die Ursachen des Defizits von 1901 liegen in ganz willkürlichen Ueberschreitungen des Etats, daneben freilich auch in Mindereinnahmen aus unseren Verkehrsinstituten, die eine Folge der wirtschaftlichen Verhältnisse sind. Die Mehrausgaben sind bedeutend über den bewilligten Etat hinausgegangen. Wozu nicht es überhaupt einen Etat aufzustellen und zu bewilligen, wenn jedes Ressort drauf loswirtschaftet, wie es ihm paßt! Durch ganz besondere Ungenügsamkeit hat sich die Postverwaltung ausgezeichnet! Trotz der Mindereinnahmen hat sie 10 Millionen Mehrausgaben gehabt. Das Auswärtige Amt hat allein an Depeschenkosten um 100 Prozent mehr verausgabt, als es vorgesehen hat. Das viele Depeschieren muß wohl mit der Weltpolitik zusammenhängen. Redner verliest unter Heiterkeit des Hauses das Danktelegramm des chinesischen Geschäftsträgers in Peking, worin dem Kaiser der untertänigste Dank zu Füßen gelegt wird für die erhaltene Ordensauszeichnung des 500. Mk. gekostet hat. Wo bleibt da die Rücksicht auf den Etat? Nehlich steht es in der Marineverwaltung, die ja berufsmäßig daran genöhnt ist, aus dem Vollen zu schöpfen! Auf diese Statsüberschreitungen muß Rücksicht genommen werden bei der Bewilligung von neuen Schiffsbauten für 1903. Die Vorschläge bedeuten für die Marineverwaltung auch nichts weiter, als ein Programm, das nicht eingehalten wird. Nehlich steht es bei der Militärverwaltung. Auch da wird lustig ausgegeben, so bei den Manövern. Jagdmänner behaupten, daß die Manöver, speziell die Kaisermanöver, ihren kriegsmächtigen Charakter eingebüßt haben und zu Schaupielen mit kriegsunmöglichem Verfahren, insbesondere in Neitermassentritten, geworden seien. Das erfordert alles Geld. Auch wir sind an dieser Wirtschaft nicht unschuldig. (Sehr wahr, links.) Wir sollten uns der undankbaren Aufgabe mehr unterziehen, die Rechnungslegung zu überwachen. Der Herr Schatzsekretär hat gemeint, wir würden nichts zu streichen finden. Nun, vielleicht findet der Posttitel dennoch Arbeit. (Heiterkeit.) Reichskanzler Graf Biliow betritt den Saal. Es ist schon oft vorgekommen, daß man glaubt, etwas gar nicht entbehren zu können, und nachher geht doch. Namentlich der Militäretat scheint mir etwas streichbedürftig. Auch die Marine ist, wie bereits erwähnt an etwas glänzende Verhältnisse gewöhnt. Muß denn das neue Marineamt gerade auf dem teuersten Bauplatz im teuersten Viertel gebaut werden? Auch die Ausgaben für ausländische Ausstellungen scheinen etwas groß zu sein, namentlich wenn diese von etwas geringerer Bedeutung sind. Man muß bei allen Ausgaben immer fragen: Sind sie notwendig? Sind sie unvermeidlich notwendig? Wohin wir kommen, zeigen die wachsenden Ziffern der Reichsschuldenzinsen. Wie helfen? Es ist leicht gesagt: Zuschußanleihen! Wie lange kann eine solche Rumpfwirtschaft aber fortgehen? Es ist begreiflich, daß der Ruf nach einer Finanzreform immer dringlicher erschallt. Ich bin der Ansicht, daß eine solche Finanzreform jetzt nicht gemacht werden kann, weil noch gar nicht abzusehen ist, wie das finanzielle Ergebnis der neuen Welle sein wird. Von der Gestaltung der neuen Handelsverträge wird in hohem Maße die Finanzabgabung abhängig sein. Zu neuen Steuern dürfte man weder jetzt noch später Lust haben. Wir richten die dringende Aufforderung an die Regierung, bei den Handelsverträgen die Interessen der Landwirtschaft zu wahren, sonst dürfte sie später ein ebenso schweres Stüd haben, wie jetzt beim Zolltarif.

Auf das feinnalige und spinöse Gebiet der auswärtigen Politik will ich nicht eingehen. An Liebe und Achtung scheinen wir draußen nicht gewonnen zu haben, am allerwenigsten da, wo wir trotz bewiesener Zurückhaltung am ausdauerndsten und gezeigt haben. Unsere Differenz mit Venezuela scheint erfreulicherweise keinen Nachtragsetat nötig zu machen. Immerhin möchte ich den Herrn Reichskanzler fragen, ob es ihm möglich ist, über den Stand dieser Sache Auskunft zu geben. Wir begrüßen die Erneuerung des Dreibundes, aber es scheint doch, als seien wir in der Hauptsache auf uns selber angewiesen, wir können daher die schwere eiserne Doppelrechnung vorläufig noch nicht entbehren. Um so mehr ist es unsere Pflicht, für die Söhne unseres Volkes, die dem Dienste unserer Waffenwehr geweiht sind, zu sorgen und sie vor Rohheiten und Abscheulichkeiten zu schützen, wie sie ein Prozeß, über den vor einigen Tagen berichtet wurde, wieder einmal entfüllt hat.

Sich komme nun zu einer Angelegenheit, die eine Verpöschung in diesem hohen Hause unbedingt erheischt, da sie weite Kreise unseres Volkes in berechtigter Erregung versetzt hat. Wir stehen auf dem Boden der Reichsverfassung und sind gewillt, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist. Wir wissen uns frei von „Reichsverdröpfung“. Aber manche Vorkommnisse sind in der Tat geeignet, die Freude am Reich etwas zu dämpfen und Besorgnisse hervorzurufen vor imperialistischen und absolutistischen Strömungen. Die Angelegenheit, die ich im Auge habe, hat im Volke und namentlich in meiner bairischen Heimat Aufregung und arge Verstimmung hervorgerufen. Ich meine das Svinemünder Kaiser-telegramm. Redner verliest den Wortlaut des bekannten Telegramms, in dem der Kaiser über die Verweigerung der 100 000 Mark zu Kunstzwecken seitens der bairischen Kammer sich entrüstet dem Prinzregenten gegenüber äußert und dem Prinzregenten diese 100 000 Mark aus seiner Privatschatulle anbietet; ferner den Wortlaut der Antwortdepesche des Prinzregenten, beides unter der Heiterkeit der Sozialdemokraten. Wie lag die Sache? Im bairischen Etat waren 60 000 Mark vorgesehen zur Förderung der Kunst, und 100 000 Mark zur Erwerbung von Kunstwerken. Der Landtag hat diese letzteren 100 000 Mark abgelehnt, und zwar aus politischen Gründen. Die Majorität wollte der Regierung wegen ihrer Schwächlichkeit und Zag-

haftigkeit gegenüber einer nach Form und Inhalt unangehörigen Protestklärung des Senats der Würzburger Universität ihren Mangel an Vertrauen kundgeben und sich deshalb die erwähnten 100 000 Mark. Bei der Lage der Etatsberatung fehlte die Möglichkeit, den Abstrich auf einem anderen Gebiete zu machen. Es handelte sich also nicht um Feindschaft gegen die Kunst oder gegen eine Kunstförderung, auch nicht gegen den Regenten, sondern nur gegen das Ministerium. Es handelte sich ja auch nicht um eine persönliche Forderung des Regenten, der also durch die Ablehnung des Betrages ebenso wenig verletzt werden konnte, wie etwa der König von Preußen in der Ablehnung des Mittel-Landfahns eine persönliche Kränkung erblicken konnte. Um so auffällender war es, daß über jenen Vorfalle ein außerbairischer Monarch in tiefste Entrüstung geriet. Es liegt hier eine seltsame Verknüpfung der ganzen Sachlage vor, die nur auf falscher Information beruhen kann. Es erhebt sich die Frage: Woher kommt denn eine solche Information? Es ist doch die Ermägung naheliegend, ob nicht auch in anderen Fragen von größerer staatsrechtlicher Bedeutung die Information eine derartig falsche ist. Die Debatte drückt die tiefste Entrüstung und Empörung über die Handlungsweise der bairischen Volksvertretung aus. Ich frage: Was ist denn geschehen? Die Majorität der zweiten bairischen Kammer hat von einem ihr unbestrittenen Recht Gebrauch gemacht. Das soll nun ein schönder Linddant gegenüber dem Kaiser Bittelsbach sein? Dann müßte man annehmen, daß die Volksvertretung nur ein Geldebewilligungsautomat zu sein hat. Nein, Geld bewilligen, Geld verweigern, das ist das einzige Machtmittel, das das Parlament hat, um aus dem Monarchen zu zeigen, wenn es mit der Regierung der von ihm bestellten Personen unzufrieden ist. Wenn die Svinemünder Depesche der Angelegenheit eine anti-dynastische Spitze zu geben versucht, so läßt uns das ruhig, denn nicht die Person des Herrschers kam hier für uns in Frage. Unsere Baiern haben uns auch verstanden, und diese Depesche hat das Volk nicht nur nicht mit Mißtrauen gegen uns erfüllt, sondern uns geträufelt und gestärkt. (Zustimmung im Zentrum.) Wogegen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden, das ist die Verwirrung der konstitutionellen und parlamentarischen Begriffe. Die Depesche setzt anstelle des verfassungsmäßigen Zusammenwirkens von Regierung und Volksvertretung den in einem konstitutionellen Staate verfassungswidrigen Grundsat: Der Wille des Königs ist das höchste Gesetz! Und was besonders auffällig ist: dies geschieht nicht im eigenen Lager, sondern gegenüber der Volksvertretung eines anderen souveränen Bundesstaates. Ueber die zweite Hälfte der Depesche, des Geldanbietens, will ich mich nicht auslassen; ich weise die Vermutung zurück, daß dies Anerbieten die Sprache des Groß-Monarchen sein könnte. Dem Absender der Depesche war aber entgangen, daß sein Anerbieten bereits überflüssig war. So viel über die Depesche selbst. Anders und schärfer müssen wir die Veröffentlichung der Depesche beurteilen, da dazwischen mehrere Tage lagen, in denen der Absender über die wahre Sachlage hätte aufgeklärt sein können und müssen. So sehr es uns erfreut hat, daß der Verweigerer Baierns in seiner Antwort auf die Kritik der bairischen Kammer nicht eingegangen ist, so müssen wir als Mitglieder des Parlaments Protest gegen diese Kritik erheben, weil sie mit dem föderativen Charakter des Reiches unvereinbar ist. Die Reichsverfassung schützt Recht und Selbstständigkeit der Volksvertretungen der einzelnen Bundesstaaten. Der Kaiser ist im deutschen Reiche nicht souveräner Monarch. Die Souveränität ruht nicht beim Kaiser, sondern bei der Gesamtheit der verbundenen Regierungen. Der Kaiser hat nur das Präsidium des Bundes. Der Ausdruck „Kaiser“ ist, wie Professor Laband bemerkt, nur der Name, unter welchem die Präsidialrechte ausgeübt werden. Zu den Rechten des deutschen Kaisers — so lautet der Titel, nicht Kaiser von Deutschland — gehört nicht das Recht der Kontrolle über die innere politische Tätigkeit der gelegenden Faktoren der Einzelstaaten, noch viel weniger das Recht, denselben eine Rüge zu erteilen. Die Svinemünder Depesche bedeutet einen Eingriff in die Selbstständigkeit und das Recht der bairischen Kammer, der auch nicht durch das Interesse an der Person des Prinzregenten und noch viel weniger durch das Kunstinteresse Deckung finden kann. Würde man dazu schweigen, so hieße das, dem Kaiser Regierungsgewalten und Regierungsrechte in den einzelnen Bundesstaaten einzuräumen, welche er nicht besitzt. Aus diesem Grunde legen wir Verwahrung ein. Wir müssen das um so mehr tun, als die Stelle, von der jener Angriff ausgeht, unverantwortlich ist. (Auf links: Wirklich unverantwortlich! — Heiterkeit.) Angesichts dieser Unverantwortlichkeit haben wir uns an den Verantwortlichen zu halten, und das ist der Herr Reichskanzler. Ich gestatte mir daher an ihn die Frage zu richten, ob er vielleicht es ist, der die Informationen hat erteilen lassen. (Große Heiterkeit) und ob auch die Veröffentlichung des Depeschwechsels von ihm angeordnet ist, nachdem festgestellt ist, daß sie von bairischer Seite nicht ausgegangen ist. Endlich richte ich die Frage an ihn, was er für die Folge zu tun gedenkt, um die auch ihm obliegende Pflicht der Aufrechterhaltung der Verfassung zu erfüllen und derartige Vorfälle unmöglich zu machen. (Große Heiterkeit.) Vor einiger Zeit hat ein süddeutsches Blatt, das nicht meiner Parteirichtung angehört, geschrieben: Der Kaiser sei der bestgeachtete Mann in Deutschland. Das ist durchaus unrichtig. Auch in Süddeutschland wird der hochgemuten Bestimmung, der Tüchtigkeit und Energie des Kaisers die größte Hochachtung entgegengebracht. Ihn schlagen die Herzen alle entgegen. Um dieses sich steigende Gefühl zu erhalten und zu stärken und da, wie es scheint, nicht immer berufene Berater zur Stelle sind, welche den Kaiser auf die Bedeutung solcher Ernüchterungen hinweisen, halten wir es für unsere Pflicht, als Vertreter des Volkes, hier unsere Stimme zu erheben. Einst ist das Wort: „Der Main ist überbrückt!“ Die dreißig Jahre Geschichte sind nicht purlos vorübergegangen. Die durch Gut und Blut zusammenge schmiedete deutsche Gemeinschaft wollen auch wir im Süden hochhalten, aber wir verlangen auch strikte Einhaltung der Reichsverfassung und das um so mehr, je höher die Anforderungen sind, die an die Opferwilligkeit gestellt werden. Recht muß Recht bleiben!

Angesichts der nahen Reichstagswahlen möchte ich noch zwei wichtiger Forderungen Erwähnung tun: ich meine einmal die bessere Sicherung des Wahlgeheimnisses. So lange das allgemeine Wahl-

recht besteht, muß auch ein Gegner desselben dafür sorgen, daß es durch Mißbräuche nicht illusorisch gemacht wird. Endlich möchte ich noch die Frage der Anwesenheitsgelber endlich gelöst sehen. Sonst kommt man in die Abhängigkeit vom Herrn Kollegen Singer. Wenn das Wort des Kaisers von der einfachen, schlichten Arbeiterpartei Wahrheit werden soll, so sind Anwesenheitsgelber unbedingt erforderlich. Allerdings muß diese Einführung geschehen ohne jede Kompensation auf die Gebiete des Wahlrechts. Das Zentrum ist für keine Verringerung und Beschneidung des Wahlrechts zu haben. (Zronisches Lachen bei den Sozialdemokraten.) Man sollte doch nicht so weit gehen im Kampfe der Parteien, Verdrächtigungen auszuführen, für die man Beweise nicht erbringen kann.

Redner kommt sodann auf das Quellwasser zu sprechen und erwähnt den Karlsruher Vorfall. Weite Kreise des Volkes haben sich gegen diesen Unfug ausgesprochen. Verschließt sich denn der Staatssekretär des Reichsjustizamts fortgesetzt die Ohren, so daß er die Stimme des Rechts, der Religion und der Vernunft nicht vernehmen kann? Wir werden auch in diesem Jahre an der Ausgestaltung der sozialpolitischen Gesetzgebung ernstlich fortarbeiten. Das Widerstreben der Unternehmer, wie es im Essener Handelskammerbericht leider zum Ausdruck kommt, kann uns darin nicht beirren. Durch eine Ausgestaltung der sozialpolitischen Gesetzgebung wird für die Staats-erhaltung mehr getan, als durch Arbeiterstreifen, und es wird dem Vaterlande mehr damit genügt, als durch die Vorkottierung von Leuten, die bei einem Kaiserbesuch nicht illuminiert und nicht geflaggt haben.

Aber nicht nur der soziale, sondern auch der religiöse Friede muß gefördert werden. Alle, die zum Kreuze beten, müssen zusammenstehen im gemeinsamen Kampfe gegen subversive Elemente. Zur Erreichung dieses Zieles aber ist es vor allem notwendig, daß alle Reste aus der sogenannten Kulturkampfzeit beseitigt werden, daß wirklich überall freie Religionsübung gewährleistet wird. (Beifall im Zentrum.)

Reichskanzler Graf Biliow: Ich hatte nicht die Absicht, schon jetzt in die Debatte einzugreifen, sehr mich aber dazu genötigt durch die Art und Weise, wie der Vorredner das Telegramm des Kaisers an den Prinzregenten von Baiern zur Sprache gebracht hat. Der Abg. Schädlcr hat die Frage aufgeworfen, ob und inwiefern ich für dieses Telegramm die Verantwortung übernehme. Nach unserer Verfassung, die uns alle bindet, bin ich verantwortlich für diejenigen kaiserlichen Entschlüsse, die zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers bedürfen. Art. 17 der Reichsverfassung bestimmt, daß Anordnungen und Verfügungen des Kaisers der Gegenzeichnung des Reichskanzlers bedürfen, welcher damit die Verantwortlichkeit für dieselben übernimmt. Diese Gegenzeichnung und die dadurch begründete Verantwortlichkeit erstreckt sich aber nur auf Anordnungen und Verfügungen des Kaisers, also nur auf solche Handlungen, welche in unmittelbarer Ausübung der dem Kaiser zustehenden Regierungsrechte vor sich gehen, dagegen nicht auf persönliche Rundgebungen programmatischer Natur sind. Dementprechend ist der bekannte Erlass des Kaisers Friedrich vom März 1888, in welchem der berenigte Monarch die Grundzüge darlegt, nach denen er seine Regierung einzurichten wünsche, von keinem Minister gegengezeichnet worden. Ebenso sind die Erlasse unseres jetzigen Kaisers vom Februar 1899 über die Ordnung der Arbeiterverhältnisse ebenfalls von keinem Minister kontrahiert. Jenenfalls dieser von der Verfassung gezogenen Schranken, da beginnt das weite Gebiet, wo nicht mehr die formale Verantwortlichkeit des Reichskanzlers Platz greift, sondern, ich möchte sagen die Zimponderabilien der Tradition, des Tates, der Gewissenhaftigkeit, der moralischen Verantwortlichkeit.

Welche Folgerungen ergaben sich nun aus dieser moralischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gegenüber persönlichen Rundgebungen des Kaisers? Reichsgesetzlich ist diese moralische Verantwortlichkeit weder ausgedrückt noch umschrieben. Sie folgt aber meines Erachtens aus der Natur der kanzlerischen Institution. Ich nehme gar keinen Anstand, hier und vor dem Lande zu sagen, daß ein gewissenhafter, ein feiner moralischen Verantwortlichkeit bewußter Reichskanzler nicht würde im Amt bleiben können, wenn er Dinge nicht verhindern könnte, die nach seinem pflichtgemäßen Ermessen das Wohl des Reiches wirklich und dauernd schädigen würden. (Sört! Hör! Hör!) Aber andererseits verbleibt dem Kaiser auch über die Schranken der Verfassung hinaus ein weites Maß eigenen Aktionsrechtes und persönlicher Initiative. Wie jeder Staatsbürger, darf auch der Kaiser von dem Reich Gebrauch machen, seine Meinung zu äußern. (Lachen links.) Das Recht der freien Meinungsäußerung, das nach der Verfassung, Art. 25, (Lachen links) jedem Preußen zusteht, werden Sie auch dem Kaiser nicht verweigern dürfen. (Lachen und Rufe: Nein, nein! links. — Glade des Präsidenten.) Wenn der Kaiser, seiner kräftigen Natur entsprechend, seine Meinung hier und da kräftig zum Ausdruck bringt, so wird ihm das doch gerade der Herr Abgeordnete Schädlcr nicht vorwerfen, der weder heute noch in Tumtenhausen als Reichstreter aufgetreten ist. (Heiterkeit.) Dies Recht der freien Meinungsäußerung dem Kaiser zu wahren, hat der Reichskanzler die Pflicht. Solche persönlichen Rundgebungen des Kaisers bedürfen zu ihrer Gültigkeit auch nicht der Gegenzeichnung des Reichskanzlers. Der Gedanke, den Kaiser in der Aeußerung seiner Meinungen dadurch zu beschränken, daß dieselben an eine Gegenzeichnung des Reichskanzlers gebunden werden, liegt unserer Verfassung vollständig fern. Die Frage der Gültigkeit kann dabei überhaupt nicht in Betracht kommen. Ich werde es aber niemals ablehnen, die Verantwortung zu übernehmen für die Rückwirkung, welche solche persönlichen Rundgebungen haben können auf den großen Gang der Politik. Denn ich bin dem Bundesrat wie diesem hohen Hause verantwortlich für eine Führung der Geschäfte, welche weder den äußeren noch den inneren Frieden des Reiches gefährden. Es handelt sich im vorliegenden Falle um einen persönlichen Meinungs-austausch zwischen zwei Souveränen, der nicht den Charakter eines Staatsaktes trägt; es handelt sich um eine Aeußerung vom Fürsten zum Fürsten, vom Freunde zum Freunde, um eine ausschließlich persönliche Angelegenheit (Mal na!) zwischen den be-

zeitigen Bundesfürsten, und darum bin ich nicht in der Lage gewesen, die Informationen über die Vorgänge selbst zu geben, aus denen der Depeschenwechsel hervorgegangen ist. Das können Sie auch daraus entnehmen, daß, wie das Telegramm des Kaisers nur mit dem Namen des Kaisers unterzeichnet war, die Antwort des Prinz-Regenten nicht den Zusatz „Prinz-Regent“, sondern nur die Unterschrift „Prinz von Bayern“ trug. In diesem persönlichen Charakter des Depeschenwechsels ist auch durch die Veröffentlichung, auf welche der Abg. Schädlcr so sehr hingewiesen hat, nichts geändert worden. Wolffs Telegraphisches Bureau ist keine staatliche Einrichtung, Wolffs Telegraphisches Bureau untersteht keiner Regierungsstelle. Die Anweisung zur Veröffentlichung war nicht gegenständig, und sie war kein Regierungsakt. Wolffs Telegraphisches Bureau bringt alle Vorgänge, welche die Öffentlichkeit interessieren. Aber ein offizielles Organ ist es nicht; das ist der Reichs-Anzeiger; dieser hat den Depeschenwechsel nicht veröffentlicht, weil es sich, wie gelaugt, um eine persönliche Kundgebung handelt. Die Frage, wie die Veröffentlichung zu stande kam, ist hier nicht zu entscheiden. Worauf es allein ankommt, ist, ob durch dieses Telegramm die Beziehungen zwischen dem Absender und dem Empfänger des Telegramms, zwischen Preußen und Bayern, wirklich so getrübt worden sind, wie das der Abg. Schädlcr hier behauptet hat. Darauf erwidere ich, daß von einer solchen Trübung in keiner Weise die Rede gewesen ist. Seine königliche Hoheit der Prinz-Regent von Bayern hat das Telegramm seines kaiserlichen Freundes nicht mißverstanden. (Heiterkeit.) Wie wenig er es mißverstanden hat, können Sie schon daraus entnehmen, daß dieser hohe Herr vier Wochen nach dem Empfang des Telegramms noch seine königliche Hoheit den Prinzen Ludwig von Bayern, der sich zu den Mandatären nach Posen begab, beauftragte, seiner Majestät dem Kaiser noch mündlich den Dank für das Telegramm zu wiederholen. (Hört, hört!) Ich zweifle nicht an dem bairischen Patriotismus des Abg. Schädlcr, aber ich meine doch, daß, wo es sich um die Wahrung der Würde und der Selbstständigkeit von Bayern handelt, Seine königliche Hoheit der Prinz-Regent doch noch zuständiger ist, als der Abg. Schädlcr. (Lebhaftes Wohl im Centrum.) Seine königliche Hoheit der Prinz-Regent von Bayern mußte sehr wohl, daß Seine Majestät der Kaiser in seinem Telegramm nur persönlichen Empfindungen hat Ausdruck geben wollen. Dieser edle und ausgezeichnete Fürst, der von jedem Bayern und jedem Deutschen hoch verehrt wird, und der seit 17 Jahren das ihm unter so schwierigen Verhältnissen übertragene Amt mit so großer Auszeichnung führt, mußte sehr wohl, daß Seine Majestät der Kaiser nur Ausdruck geben wollte dem, was er persönlich empfand für alles, was der Prinz-Regent und das Haus Wittelsbach für die Kunst getan hat, der persönlichen Aufschauung, daß in Sachen der Kunst das Interesse der Kunst allein maßgebend sein soll. Der Abg. Schädlcr hat eben mit einem großen Aufwand von Dialektik nachgewiesen, daß der bairischen Kammer jede Absicht fern gelegen hat, irgendetwas die Kunst schädigen zu wollen; daß ein solcher Gedanke aber doch nahe lag, wird der Abg. Schädlcr selbst nicht bestreiten wollen. Endlich mußte der Prinz-Regent von Bayern sehr wohl, daß Sr. Majestät dem Kaiser jede Absicht der Einmischung in die parlamentarischen Angelegenheiten seines Bundesstaates fern gelegen hat. Vor allem mußte Seine königliche Hoheit der Prinz-Regent von Bayern, daß es seiner Majestät nicht eingefallen ist, den Rechten eines Bundesfürsten oder eines Bundesstaates nahezutreten zu wollen.

Gegenüber dem, was der Abg. Dr. Schädlcr hier gesagt hat von unitarischen Tendenzen, von denen ich nicht wüßte, wo sie existieren sollten — an maßgebenden Stellen existieren sie jedenfalls nicht. — betone ich, daß von keiner Seite an dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches gezweifelt oder gerüttelt wird. Mit allen seinen Mitfürsten ist Seine Majestät der Kaiser davon durchdrungen, daß auf den vertrauensvollen Beziehungen zwischen den Bundesfürsten, auf der Achtung vor den Rechten jedes Bundesstaates und jedes Bundesfürsten die gedeichliche Entwicklung des Reiches beruht. Die sorgsame Pflege der föderativen Grundlage des Reiches ist eine conditio sine qua non für die deutsche Entwicklung, das wird an keiner Stelle vergessen. Diesen bundesstaatlichen Charakter des Reiches, die Reichsverfassung und den Reichsgedanken, dessen feste Grundlage die Reichsverfassung ist, vor jeder Trübung zu wahren, das ist unser aller Pflicht, das ist die Pflicht Sr. Majestät des Kaisers, wie es die Pflicht der deutschen Fürsten ist, das ist meine Pflicht, wie es Ihre Pflicht ist.

Und darum kann ich nur meinem tiefen Bedauern Ausdruck geben über die Art und Weise, wie der Abgeordnete Schädlcr diesen Gedanken hier behandelt hat. Ich kann nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß dieser Vorgang von allen Seiten so richtig und so objektiv und so würdig aufgefaßt werden möge, wie er von Seiten des kompetentesten Beurteilers, von Sr. königlichen Hoheit dem Prinz-Regenten von Bayern beurteilt und aufgefaßt worden ist, und ich kann nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß von allen Seiten unterlassen werden möge, was im Auslande Zweifel hervorgerufen könnte an der Geflossenheit der Nation, an ihrer Eingabe an die kaiserliche Idee, die dem deutschen Volke mehr ist als der bloß formale Begriff, den der Abgeordnete Dr. Schädlcr nach dem Professor Laband aus ihr hat konstruieren wollen. Denn diese Kaiseridee repräsentiert mit den teuersten Erinnerungen des deutschen Volkes unser Ansehen nach außen, unsere Zukunft in der Welt. Die feste Entschlossenheit des deutschen Volkes ist es, an dieser Idee nicht rütteln zu lassen, sie vor jeder Antastung zu wahren! (Beifall rechts.)

Abg. Graf von Stolberg (konf.) bei der Unruhe des Hauses (schmerzlich): Der Abgeordnete Schädlcr hat ganz recht, daß durch Staatsüberschreitungen das Budgetrecht des Reichstags geschmälert würde. Wir stehen den Überschreitungen maßlos gegenüber, wir müssen sie bewilligen. Doch wird die Neigung des Reichstags zu Neubewilligungen durch solche Überschreitungen jedenfalls nicht gestärkt. Ich möchte vorschlagen, daß nicht zu viele Staatskapitel in diesem Jahre an die Budgetkommission berufen werden, sonst werden wir in diesem Jahre nicht fertig mit dem Etat. Das Reichsmarineamt braucht ein neues Gebäude, doch werden wir prüfen müssen, ob nicht ein besserer und billigerer Platz zu haben war. Ich will meine Freunde bei

dieser Position in keiner Weise binden. Die Hauptfragen sind, wie soll das Defizit gedeckt werden und wie denkt man die fernere Entwicklung unseres Etats. Im Vorjahre konnten wir den Etat ohne Zuschußanleihe bilanzieren, aber nur in einer Weise, die einer Verschleierung nicht unähnlich sah. So werden wir in diesem Jahre nicht operieren können. Es hat viel für sich, daß das ganze Defizit auf die Matrifularbeiträge abgewälzt wird. Dadurch würden einmal die Bundesstaaten zur Sparsamkeit ermahnt und zweitens würde der Bundesrat veranlaßt werden, den neuen Zolltarif bald in Kraft treten zu lassen. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß solche Maßnahmen sehr ungleich auf die Bundesstaaten wirken würden. Preußen würde die Erhöhung wohl tragen können, andere Bundesstaaten nicht. Meine Freunde werden daher diese Frage in ernsthafter Erwägung ziehen. Die wirtschaftliche Depression dauert noch fort und wird von selbst nicht vorübergehen. Dagegen erwarte ich die günstigsten Wirkungen von der baldigen Inkraftsetzung des Zolltarifs. Wenn dies geschieht, wird der neue Etat ohne Anleihen bilanzieren. Sollte diese Hoffnung mich täuschen, so müssen wir neue Steuern haben. In der bisherigen Weise kann jedenfalls nicht weiter gearbeitet werden.

Sierauf vertagt sich das Haus.
Persönlich bemerkt:
Abg. Dr. Schädlcr: Ich verstehe nicht, weshalb der Reichszentraler sein Bedauern über meine Rede ausgedrückt hat. Wenn er mein Senogramme durchliest, wird er sehen, daß zu einem solchen Ausdruck des Bedauerns absolut keine Veranlassung vorlag.
Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberatung.)
Schluß 6 Uhr.

Preussischer Landtag. Abgeordnetenhause.

3. Sitzung vom 19. Januar. 11 Uhr.
Das Haus ist gut besetzt.
Am Ministertische: Graf Bülow, Zehr. von Rheinbaben, Schönstedt, Zehr. von Hammerstein, Studt.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Staatshaushaltsetats.
Abg. Friesen-Vorke (Zr.): Es ist mir aufgefallen, daß der Finanzminister mit keinem Worte den Zolltarif erwähnt hat. Ich kann es mir nicht verlagern, darauf einzugehen. Die Mehrheit des Reichstags hat sich im wesentlichen mit der Regierungsvorlage begnügt, in dem Bewußtsein, daß das Bessere der Feind des Guten ist. Die Verhältnisse der Industrie sind keineswegs rosig, die Eisenindustrie besonders hat die Krisis noch nicht überwunden, und es ist keine Aussicht, daß es bald besser wird. Die Ueberproduktion ist eben zu groß, eine ganze Anzahl von Werken muß geschlossen werden. Der Textilbranche geht es erfreulicher Weise besser als im vorigen Jahre. Ein niederdrückendes Gefühl ist es, daß die inländische Kaufkraft so gesunken ist; in der Zukunft muß unser Streben darauf gerichtet sein, die Kaufkraft des Inlandes zu erhöhen, und dazu ist es notwendig, die Landwirtschaft kaufkräftig zu machen. Was den Etat selbst betrifft, so ist trotz der schlechten Finanzlage das Extraordinarium sehr hoch bedacht. Im Eisenbahnetat finden sich Posten, die sehr wohl auf Anleihen übernommen werden können, z. B. die für den Bau von Arbeiterwohnungen ausgeworfenen Summen. Nicht zu vergessen ist, daß wir seit 1895 eine außerordentliche Schuldentilgung in Höhe von 300 Millionen vorgenommen haben, abgesehen von der regelmäßigen Schuldentilgung. In Preußen ist die Finanzlage also viel günstiger als im Reich. Dort ist die Schuldentilgung minimal gewesen, während die Schulden selbst immer mehr angewachsen sind. Während dieser Rede betritt Prinz Heinrich von Preußen die Hofloge. Präsident v. Kröcher begrüßt sich zu ihm und verweilt längere Zeit im Gespräch mit ihm. In Preußen dagegen bringen die Staatsbetriebe erhebliche Ueberschüsse, ebenso die direkten und indirekten Steuern, und die Erträge dieser Steuern sind viel stabiler als die Erträge der indirekten Steuern, die das Reich erhebt; die Ertragssteuer z. B. wird von der Krisis nicht beeinflusst, da in schlechten Jahren so viel Leute sterben, wie in guten Jahren. Schwankend sind die Erträge der Eisenbahnen, und es ist daher kein Wunder, daß der Minister auf Mittel sinnt, wie er diese Schwankungen ausgleichen kann. Der Gedanke des Ausgleichsfonds ist mir sehr sympathisch, jedoch haben meine Freunde dazu noch keine Stellung genommen. Empfehlenswert wäre es, aus diesem Ausgleichsfonds in erster Linie die etatsmäßigen Matrifularbeiträge an das Reich zu zahlen und dafür die Ueberweisungen in diesen Fonds fließen zu lassen. Dann brauchen wir vorläufig keine Reichsfinanzreform, für die der Zeitpunkt jetzt sehr ungeeignet wäre.

Nun zu Einzelheiten des Etats! Die Zustitzverwaltung deckt ihre Ausgaben zu zwei Dritteln aus eigenen Einnahmen, das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben ist in der Polizeiverwaltung viel günstiger als in anderen Verwaltungen. Es kann daher sehr wohl etwas mehr geschehen, um den schreitenden Mißständen bei den Gerichtsgebäuden ein Ende zu machen. Im Etat des Ministeriums des Innern findet sich wieder eine erhebliche Summe für die Ausgaben auf Grund des Fürsorgegesetzes. Das ist mit ebenso großer Freude zu begrüßen, wie aus dem Handelsetat die Postionen zur Förderung des Reichshandwerks. Im Etat des Finanzministeriums begegnen wir u. a. der Forderung der Kosten für den Bau eines königl. Schlosses in Posen. Ich glaube nicht, daß meine Freunde dieser Vorlage zustimmen werden. Was für einen Zweck soll dies Reichsschloß haben? Hat etwa das Reichsschloß in Straßburg, das mit vielen Millionen errichtet ist und immer leer steht, irgend welchen Zweck? Auf die anderen Postitionen zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken kann ich hier nur kurz eingehen. Mit Erstaunen und Bedauern habe ich die Denkschrift über die Zuwendungen an die Beamten in Posen gelesen. Die Zulage wird den Beamten bei treuer Pflichterfüllung gewährt, sie kann ihnen aber wieder entzogen werden. Solche widerrufliche Zulage ist bei höheren Beamten gesetzlich unzulässig. Dann sollte sie aber auch für Unterbeamte nicht zulässig sein. Die Beamten werden einfach zu Märschen herabgedrückt. Ich könnte die Zulage nur bewilligen, wenn sie als dauernde Stellenzulage gedacht ist. (Sehr richtig! im Centrum.) Wir bekämpfen die Polenpolitik der

Regierung nicht aus Vorliebe für die Polen, sondern aus sachlichen Gründen, weil wir sie für verderblich und ungerecht halten. Keine Partei ist in der politischen Presse stärker angegriffen, als das Zentrum, keine Partei ist so mit Schmähungen und Verdächtigungen überhäuft worden. Trotzdem sind wir Gegner der Polenpolitik der Regierung. Ein allgemeines Schulgesetz halten wir nach wie vor für notwendig; da aber ein solches Gesetz nicht zu erreichen ist, so begnügen wir uns vorläufig mit einem Schuldnotengesetz, hoffen aber, daß der Kultusminister im nächsten Jahre unseren Wunsch erfüllt. Erleichterungen für die katholischen Pfarrerpflegerorden fordern wir seit Jahren; wir müssen darauf bestehen, daß unsere Beschwerden, die wir in dieser Hinsicht haben, endlich beseitigt werden. Ladel verdient auch die Schulpolitik in den Provinzen mit gemischtsprachiger Bevölkerung. Wir bringen unsere Beschwerden nicht des Kampfes, sondern des Friedens willen vor. (Beifall im Centrum.)

Ministerpräsident Graf v. Bülow: Der Redner hat in seinen Ausführungen auch die auf die Ostmarkenpolitik bezüglichen Positionen im Etat berührt. Ich möchte mir erlauben, diese Positionen im Zusammenhang kurz zu beleuchten.

Es ist in diesen Tagen gerade ein Jahr vergangen, daß ich die Ehre hatte, eingehend vor diesem hohen Hause die Ziele darzulegen, welche wir in unseren gemischtsprachigen Provinzen verfolgen. Ich habe in meinen damaligen Ausführungen namentlich hervorgehoben, daß es meines Erachtens für die Ausgestaltung der im Osten auf geregelter Grundlage zu fördernden deutschen Kultur und Sitte und für die Stärkung des Deutschtums in dem uns aufgeborenen Kampfe keiner regressiven gesetzgeberischen Maßnahmen bedarf, sondern daß unser Bestreben auf eine planmäßige, wirtschaftliche und kulturelle Hebung unserer östlichen Provinzen gerichtet sein müsse. Als Mittel zu diesem Zweck bezeichnete ich in der Sitzung vom 13. Januar v. J. in erster Linie die Fortsetzung einer zielbewußten Ansiedlungspolitik und die Erhaltung und Stärkung des deutschen kleinen und großen Grundbesitzes, die Hebung der Städte durch die Schaffung eines kräftigen deutschen Mittelstandes, eine Vervollständigung der Beamten und Lehrer durch Gewährung von Zulagen, durch Errichtung von Dienstwohnungen, Förderung des Verkehrs durch Bau neuer Schienenwege und endlich eine intensivere Pflege idealer Güter, um das Deutschtum in jenen Provinzen vor einem Niedergang zu bewahren. Dieses Programm hat damals die Zustimmung der Mehrheit dieses hohen Hauses gefunden, und die königliche Staatsregierung ist ohne Zögern an die Ausführung desselben herangegangen. Der Abg. Friesen hat mit der ihm eigenen Objektivität die Gründe dargelegt, aus denen er dieses Programm zu billigen nicht imstande sei. Ich habe es aber um so mehr für meine Pflicht gehalten, auf dem von der Mehrheit dieses Hauses gebilligten Wege vorwärts zu gehen, als ich die Ostmarkenfrage für eine der wichtigsten, ja für die wichtigste Frage unserer inneren preussischen Politik halte, als ich auf Grund pflichtmäßiger Ueberzeugung davon durchdrungen bin, daß nur auf dem von uns eingeschlagenen Wege die Integrität der Monarchie und unser deutscher Bestand in unseren Ostmarken aufrecht zu erhalten sind, und als ich es deshalb als eine meiner vornehmsten Aufgaben betrachten muß, gerade dieser Frage fortgesetzt eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. (Beifall.) Deshalb habe ich schon im vergangenen April durch eine besondere Gesetzesvorlage von diesem Hause einen Kredit von 250 Millionen erbeten, zur rascheren Förderung der inneren Kolonisation in den Provinzen Posen und Westpreußen. Ich bin dem Landtage besonders dankbar dafür, daß er uns diese große Summe bewilligt hat, die, wie die Regierung mit Bestimmtheit annimmt, für das Deutschtum im Osten die besten Früchte zeitigen wird.

Nachdem der Ankaufsfonds eine so erhebliche Verärgerung erfahren hat, besteht übrigens die Absicht, der Ansiedlungskommission eine andere Organisation zu geben. Die bisherige Organisation hat sich gegenüber der Zunahme der Geschäfte und der politischen Entwicklung als nicht mehr ausreichend erwiesen. Hinsichtlich der Modalitäten der geplanten Organisationsänderung schweben noch Erwägungen. Diese Uenderung wird sich aber voraussichtlich in der Richtung vollziehen, daß für jede der beiden Provinzen eine besondere Ansiedlungskommission gebildet werden wird und daß der Oberpräsident jeder Provinz an die Spitze der für seine Provinz gebildeten Kommission treten wird. Demselben wird natürlich ein stellvertretender Vorsitzender und eine Anzahl von Räten und Hilfskräften beigegeben werden. Für jede dieser beiden Provinzen wird ein besonderer Geschäftsbereich gebildet, der sich besser übersehen läßt, und dadurch wird die Möglichkeit gegeben, überall planmäßig und dabei doch den Besonderheiten der Provinz Rechnung tragend, vorzugehen. Sobald die schwebenden Erwägungen abgeschlossen sein werden, werden wir unsere Entschlüsse dem Hause mitteilen, damit die neue Organisation, wenn möglich, schon am 1. April in Kraft treten kann.

Als ich im vergangenen Frühjahr für Ansiedlungszwecke eine viertel Milliarde hier vom Hause erbat, habe ich hervorgehoben, daß diese Summe nicht die einzige und letzte bleiben wird, sondern daß ihre andere Fortforderungen nachfolgen würden, insbesondere im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung der Städte im Osten. Trotz der ungünstigen Finanzlage hat auch diesmal der Herr Finanzminister wieder für diese Zwecke seine sonst sehr sparsame Hand in freigiebiger Weise geöffnet. Als neuester der Gedanken eingehend Erwägung fand, den Beamten im Osten eine besondere Zulage zu gewähren, hat diese Anregung lebhaften Beifall der Majorität des Hauses gefunden. Sie finden nun im Extraordinarium des Etats Summen für diesen Zweck eingestellt. Es sollen an die mittleren und unteren Staatsbeamten in den Provinzen Posen und Westpreußen, in letzterer mit Ausnahme der ganz deutschen Kreise, zum Beispiel Danzig und Elbing, nach fünfjähriger Dienstzeit einmalige Zulagen von 10 Prozent unter den näher im Etat festgestellten Bedingungen gewährt werden. Es soll ferner eine solche Zulage gewährt werden an die Lehrer an den öffentlichen Volksschulen. Nach fünfjähriger Dienstzeit sollen sie die Zulage von 120, nach zehnjähriger Dienstzeit eine solche von 180 Mark erhalten. Das soll nicht eine Stellenzulage sein, sondern diese Zu-

lage soll als Prämie dienen und einen Ausgleich bilden für die Lebensführung der Beamten unter den schwierigen politischen Verhältnissen in einer zumteil fremdsprachigen Bevölkerung. Ich möchte bei dieser Gelegenheit gegenüber den Ausführungen des Abgeordneten Friesen hinzufügen, daß uns der Gedanke der Unabhängigkeit der Beamten zu nahe zu treten, ganz fern liegt. Die Staatsregierung muß aber unter den Verhältnissen, die im Osten gegeben sind, von jedem Beamten verlangen, daß er durch sein Verhalten nicht das Vertrauen erschüttert, das die Regierung unter den schwierigen Verhältnissen, die im Osten vorherrschen, in ihn setzen muß. Ein Beamter, der sich im Osten das nicht beständig vor Augen hält, der ist nicht der Mann, der auf dem rechten Posten steht. Deshalb legt die Regierung alles daran, sich einen Stamm von tüchtigen Beamten und Lehrern heranzuziehen, deren Treue im nationalen Interesse sie besonders hoch veranschlagen kann. Leider macht sich im Osten ein bedauerlicher Mangel an Elementarlehrern geltend; wir hoffen aber, daß auch hierin durch die vorgesehenen Maßnahmen Abhilfe geschaffen wird. Den höheren Beamten soll eine Zulage nicht gewährt werden, um aber auch ihnen den Aufenthalt dort möglichst zu erleichtern, ist ein besonderer Fonds von 150 000 Mark gebildet worden, um ihnen Beihilfen zur Erziehung ihrer Kinder zu gewähren. Sehr viel soll auf dem Gebiet der Herstellung von Dienstwohnungen geschehen, beinahe eine Million Mark sind dafür zur Verfügung gestellt worden, außerdem eine Million zur Herstellung von Arbeiterwohnungen im Regierungsbezirk Danzig. Als ein wesentliches Mittel zur Stärkung des Deutschtums und zur Hebung der kleinen Städte im Osten habe ich seinerzeit die Belegung mit Garnisonen bezeichnet. Mit der Durchführung dieser Maßnahmen ist ein Anfang gemacht worden, als im Laufe des verfloffenen Jahres je ein Bataillon Infanterie nach Schrimm und Breschen gelegt worden ist. Im Interesse der gewünschten Besetzung der Bauen hat der Finanzminister 3 Millionen Mark gegen entsprechende Verzinsung zur Verfügung gestellt. Wir hoffen, daß das Haus die Zustimmung nicht verweigern wird. Neben diesen Maßnahmen allgemeiner Natur sind noch Ausgaben für einzelne wirtschaftliche Anlagen vorgesehen, insbesondere zwei Raten von je 400 000 Mark für eine Hafenanlage in Thorn.

Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß jede Hebung des Verkehrs im Osten nicht nur wirtschaftlich nützlich ist, sondern daß sie auch der Förderung des Deutschtums, insbesondere auf dem platten Lande, zu gute kommt. Aus dieser Erwägung heraus werden in der Ihnen vorzuliegenden Eisenbahnvorlage für die Provinzen Posen und Westpreußen 34 Millionen borgegeben sein. (Große Bewegung.) Nachdem Sie im vergangenen Jahre für die gleichen Zwecke bereits 20 Millionen votiert haben, ist die Hoffnung vorhanden, daß das östliche, noch immer ziemlich weitläufige Eisenbahnnetz sich allmählich enger zieht. Als das Hauptmittel zur Förderung des Deutschtums betrachte ich nach wie vor den stetigen Ausbau der Schulen. Wenn auch auf diesem Gebiete von Seiten des Staates schon viel geschehen ist, so bleibt doch gerade im Osten die Zahl der Schulen mit überfüllten Klassen noch immer beträchtlich. Hierfür sind 3 Millionen Mark in den Etat eingestellt worden, wovon auf die Provinzen Westpreußen und Posen eine Million Mark entfällt. Es sollen überdies drei neue Gymnasien, Seminare und eine Präparandenanstalt geschaffen werden. Auch für die Förderung der Schulbibliotheken sind Mittel bereit gestellt worden. Endlich hat es sich ermöglichen lassen, auf dem Gebiet der Kunst und Wissenschaft dem Bedürfnis unserer gebildeten Klassen im Osten tunlichst entgegen zu kommen.

Die königliche Staatsregierung hofft, daß durch die von ihr in den Etat eingestellten Forderungen das Vertrauen zu ihr im Lande gestärkt werden wird. Sie hofft, daß diese Positionen dazu beitragen werden, unseren Landsleuten im Osten den Mut zu beleben zu seinem Zusammenhalten ohne Unterschied der Partei und Konfession. Wir wissen, daß die großen Aufgaben, die wir uns gestellt haben, nicht von heute auf morgen gelöst werden können, dazu werden vielleicht Jahrzehnte erforderlich sein. Wir werden aber auf dem von uns für richtig erkannten Wege weitergehen ohne kleine Schwächigkeiten, aber auch ohne Schwäche, und vor allem ohne Schwanken, damit Posen und Westpreußen immer inniger mit der Monarchie verachsen, damit sie immer gut preussisch und gut deutsch bleiben. (Beifall.)

Abg. Graf Limburg-Sturum (konf. bei der Unruhe des Hauses fast unverständlich) verbreitet sich zunächst über die Finanzlage der Monarchie. Ueberaus notwendig ist eine äußerst sparsame Wirtschaft. Besonders beim Eisenbahnetat gibt das stetige Wachstum des Betriebskoeffizienten zu Besorgnissen Anlaß. Ganz verfehlt würde es sein, wenn man mit einer Herabsetzung der Eisenbahnpersonentarie jetzt gar beginnen würde. Es scheinen nach dieser Richtung Neigungen vorhanden zu sein, die aber energisch unterdrückt werden müssen. Die Regierung braucht Geld, denn sie hat große Aufgaben zu erfüllen. Eine der vornehmsten muß sein die Erhaltung unseres Handwerkerstandes. Alle darauf abzielenden Maßregeln sind unserer Unterstützung gewiß. Die solide Handwerkerkraft ist vor allem geeignet, Träger einer monarchischen und wahrhaft religiösen Weltanschauung zu sein. Sie bildet das feste Bollwerk gegen Umsturzbestrebungen aller Art. Es ist die Pflicht jedes monarchisch Gesinnten, für unseren Handwerkerstand sich einzusetzen. Und ich hoffe, daß die Staatsregierung es in dieser Hinsicht an der notwendigen Umsicht nicht fehlen lassen wird. Wir müssen energisch auftreten gegen alle, die an den Pforten unserer Monarchie zu rütteln wagen. Die gegen die Agitation des Bolentums gerichteten Maßnahmen, die der Herr Ministerpräsident angeordnet hat, sind daher ganz nach unserem Sinn. Namentlich billigen wir auch die Errichtung eines königl. Schlosses in Posen. Nur bedarf es auch hier ruhiger, leidenschaftsloser Ueberlegung. Wir erklären, daß wir gegen jede Vermischung dieser nationalen Aktion mit irgend welchem religiösen Saker auf das entschiedenste Verwahrung einlegen. Auf keinen Fall darf mit dem Kampf gegen das Bolentum auch ein Kampf gegen die katholische Kirche geführt werden. Die Kirche steht außerhalb aller nationalen Gegensätze, die Achtung vor der Kirche darf nie aus den Augen gelassen werden. (Fortsetzung auf der 3. Seite.)

Gerichtssaal.

M. Schneidmühl, 17. Januar. In der heutigen Sitzung des Schöffengerichts wurde wider den Fleischermeister Josef Wodan aus Selgenau wegen vorläufiger Brandstiftung verhandelt.

Büchermarkt.

Die erkrankte und weitgehende Umgestaltung der Verhältnisse des Mitteleuropas im letzten Jahrzehnt bildet eine in ganzen Verlauf der Geschichte einzig dastehende Erscheinung.

Der uns vorliegende dritte Band aus 'Bobachs illustrierter Romanbibliothek' enthält den neuesten Roman 'Abd von Gersdorff'.

Mit Rücksicht auf die Fülle des Gebotenen und den geringen Preis jedes Heft kostet eine Mappe, die elegant gebundene erste Band 7 Mark.

Kleines Berliner Adreßbuch nebst großem Almanach von Brée, Windmeier u. Co., Berlin, 606 S., Preis 1,50 Mark.

Friedrich Spielhagen Roman - Neue Folge. - Wohlfeile Lieferungs Ausgabe in 50 Lieferungen à 35 Pfennig.

Der uns vorliegende dritte Band aus 'Bobachs illustrierter Romanbibliothek' enthält den neuesten Roman 'Abd von Gersdorff'.

Der uns vorliegende dritte Band aus 'Bobachs illustrierter Romanbibliothek' enthält den neuesten Roman 'Abd von Gersdorff'.

rohung und Schlimmeres. Vom Herausgeber. - Vom Nutzen der Musik und von ihren Gefahren.

Unter den Zeitchriften, die der Mode, der Kleidung, der Wäsche und den Handarbeiten gewidmet sind, nimmt die 'Illustrirte Frauenzeitung' (Berlin, Lipperheide) eine vor ersten Stellen ein.

Die nebenherzerrüttete Aufregung und die ganz seltsame Psychologie des Spieles schildert in packender Darstellung Heinrich Conrad in seinem bei Hermann Seemann nachfolgend in Leipzig erschienenen Roman 'Das Glück von Monaco'.

Handelsnachrichten.

Dauzig, 19. Januar. Weizen feinst noch behauptet, geringe Schwäche. Schafwoll ist inländischer 756 Gr. 151 M., hant leicht 734 Gr. 143 M.

Berlin, 17. Januar. (Original- Wochenbericht für Stärke und Stärkefabrikate von Max Sabersky, Berlin W. Mauerstraße 45/46.) Es sind zu notiren:

Wladiberg, 19. Januar. (Zuckerbericht.) Rohzucker 88 Prozent ohne Sach 9,05-9,30. Nachprodukte 75 Procent ohne Sach 7,15-7,40.

Hamburg, 19. Januar. (Getreidemarkt.) Weizen feinst, hollsteiner u. mecklenburger 151, Garb Winter Nr. 2 Jan.-Abladung 130,50.

Paris, 19. Januar. (Produktenmarkt.) In Weizen, Roggen, Gerste und Hafer kein Handel.

Antwerpen, 19. Januar. (Getreidemarkt.) Weizen steigend. - Roggen fest. - Hafer behauptet.

London, 19. Januar. (Getreidemarkt.) Weizen auf Termine geschäftlos. - Roggen auf Termine geschäftlos.

London, 19. Januar. (Schlußbericht.) Markt fest aber ruhig.

New-York, 19. Januar. Weizen per Januar D. - C. per Mai D. 82 7/8 C.

Berlin, 19. Januar. Die Börse begann die neue Woche in eben so feier Haltung, wie sie die alte geschlossen hatte.

Kurse im freien Verkehr zwischen 2 u. 3 Uhr. Oesterreichische Kreditaktien 218,60-90 bez. Franzosen 148,90 bez.

Wollmarkt. Bradford, 19. Januar. Wolle stramm, Verkäufer Aktion abwartend. Spinner stark gefordert.

Berliner Börse, 19. Januar 1903.

Table with multiple columns: Dtsch. Fonds u. Staats-Pap., Eisenbahn-Stamm-Aktien, Eisenbahn-Präm.-Obligat., Deutsche Hypoth.-P.dbr., Bank-Aktien, Industrie-Papiere, Wechsel-Kurse, Gold, Silber u. Banknoten.

Umschlagssätze: 1 Fr. 80 Pf. Ost 1 Kr. 35 Pf. 14 holl. 1,70 1 Kr. 1,12

Table with multiple columns: Wechsel-Kurse, Gold, Silber u. Banknoten, Wechsel-Kurse, Gold, Silber u. Banknoten.

Wetter-Aussichten

Table with columns: Stationen, Wind, Wetter, Beob. Datum. Includes locations like Christianfunde, Etagen, Kopenhagen, Stockholm, Gaparanda, Dorfm, Hamburg, Schweinfurt, Neudorfswald, Wittenf, Christianfunde, Etagen, Kopenhagen, Stockholm, Gaparanda, Dorfm, Hamburg, Schweinfurt, Neudorfswald, Wittenf.

A. Dinkelmann

Geschäftsgründung 1868.

Bankgeschäft

Briefadresse:

Telegramm-Adresse:
Lotteriebank Worms.

WORMS.

A. Dinkelmann, Worms.

Fernsprecher 75.

Reichsbank-Girokonto.

Girokonto: Pfälzische Bank.

Einzig dastehende Gewinnerfolge!

In meine vom Glück ganz aussergewöhnlich begünstigte *Hauptkollekte* fielen in verhältnismässig kurzer Zeit Gewinne von über

Eine Million Mark

Die Versendung der Lose erfolgt auch unter Nachnahme oder gegen Briefmarken und Koupons, doch macht man die Bestellungen am bequemsten auf dem Abschnitt einer Postanweisung, in welchem Falle Brief nicht weiter nötig.

Mark	300500 ^{sp.}	auf No. 58180	auf No. 55717	200000 ^{sp.}	Mark
Mark	200000	" " 69708	" " 190091	200000	Mark
Mark	200000	" " 40843	" " 19550	200000	Mark
Mark	100000	" " 62592	" " 55792	800000	Mark
Mark	800000	" " 40803	" " 46592	600000	Mark
Mark	600000	" " 5618	" " 33087	500000	Mark
Mark	500000	" " 50427	" " 1946	500000	Mark
Mark	405000	" " 31092	" " 40888	400000	Mark
Mark	400000	" " 25476	" " 45640	400000	Mark
Mark	400000	" " 31060	" " 91781	300000	Mark
Mark	300000	" " 50209	" " 9696	300000	Mark
Mark	250000	" " 82417	" " 40897	200000	Mark
Mark	200000	" " 5699	" " 45891	150000	Mark
Mark	150000	" " 31726	" " 40897	150000	Mark
Mark	120000	" " 96797	" " 63412	120000	Mark
Mark	100000	" " 70410	" " 1980	100000	Mark
Mark	100000	" " 17	" " 78335	100000	Mark

und noch viele andere Gewinne

à Mk. 10000, Mk. 8000, Mk. 6000, Mk. 5000, Mk. 4000, Mk. 3000,
Mk. 2000, Mk. 1000 u. s. w.

Meine *Hauptkollekte* halte ich zum Glücksversuch bestens empfohlen.

Erster Hauptgewinn:

Mk. **60000** Mk.

Ziehung schon am

3. u. 4. Febr. 1903.

Preis für ein Los

nur **3** Mk.

Porto und Liste 30 Pfennig extra.

Alle Geldgewinne zahle ich in jeder Höhe sofort in bar ohne jeden Abzug aus.

Wenden!

1. Grosse Geld-Lotterie 1903

zum Besten der unter dem Protektorate Sr. Königl. Hoheit
des Grossherzogs von Sachsen stehenden

Renten- u. Pensionsanstalt für deutsche bildende Künstler in Weimar.

Ziehung schon am 3. und 4. Februar 1903.

— GEWINN-PLAN: —

Preis des Loses
nur 3 Mk.
Porto und Liste 30 Pfennig
extra
Nachnahme ausserdem
20 Pfennig teurer.

Bestellungen erfolgen am besten auf dem Abschnitt einer Postanweisung, die bis zu 5 Mark nur 10 Pfennig kostet und sicherer als ein einfacher Brief ist.

4840
Geld-
Gew.

190000 Mk.

Erster Haupt-Gewinn	60000	=	60000	Mark
Zweiter Haupt-Gewinn	30000	=	30000	Mark
Dritter Haupt-Gewinn	10000	=	10000	Mark
2 Gew. von je	5000	=	10000	Mark
5 Gew. von je	2000	=	10000	Mark
10 Gew. von je	1000	=	10000	Mark
10 Gewinne von je	500	=	5000	Mark
20 Gewinne von je	300	=	6000	Mark
30 Gewinne von je	200	=	6000	Mark
60 Gewinne von je	100	=	6000	Mark
200 Gewinne von je	30	=	6000	Mark
1000 Gewinne von je	10	=	10000	Mark
3500 Gewinne von je	6	=	21000	Mark
ausserdem 50 Gemälde				i. W. v. 15000

Für
nur **3** Mk.

60000,
30000,
10000

Mark bares Geld
zu gewinnen.

Aufträge erbitte sofort, da Nachfrage sehr gross.

Der Versandt der Lose erfolgt auf Wunsch auch unter Nachnahme oder gegen Briefmarken u. Koupons.

Alle Geldgewinne zahle ich sofort in bar ohne jeden Abzug aus.

Für Porto und Liste berechne 30 Pfg.

A. Dinkelmann, Worms

1868 Geschäftsgründung 1868.
Telegramm-Adr.:
Lotteriebanc Worms.

Bankgeschäft.

Briefadresse: A. Dinkelmann, Worms.
Reichsbank-Girokonto.
Girokonto: Pfälzische Bank.

Ziehung schon am 3. u. 4. Febr. 1903.

Bitte hier abtrennen.

Ziehung schon am 3. u. 4. Febr. 1903.

Bestellzettel.

An A. Dinkelmann, Bankgeschäft, Worms a. Rh.

Hierdurch beauftrage Sie, mir Los^s_{se} der Grossen Weimar-Geld-Lotterie zugehen zu lassen.

Der Betrag von Mark Pfg. { folgt gleichzeitig per Postanweisung.
ist durch Nachnahme zu erheben.
folgt einliegend (Einschreiben).

(Für Porto und Liste berechne 30 Pfg.)

(Das nicht Gewünschte ist zu durchstreichen.)

Adresse: (recht deutlich)

Vor- und Zuname:

Stand:

Wohnort:

Nächste Poststation oder Strasse:

Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

Wenden!